



**Editorial**

Liebe Leser\*innen,

die Pandemie hat uns weiter fest im Griff, Kontaktbeschränkungen prägen den Alltag, das Leben steht in weiten Teilen still. Aber gerade deshalb wollen wir mit dieser Stachel-Ausgabe ein Zeichen setzen und sie nicht nur, so gut es geht, verteilen, sondern auch in die grünen Xhainer Haushalte verschicken. Wir ziehen Bilanz und blicken gemeinsam auf die Aufgaben, die sich in 2021 stellen werden. Wir kämpfen für starke grüne Mehrheiten im Bezirk, im Land und im Bund. Im Land gehen wir mit Bettina Jarasch als grüne Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin ins Rennen, im Bund macht sich Canan Bayram daran, ihr grünes Xhainer Direktmandat zu verteidigen. Wie wir uns im Bezirk und für das Abgeordnetenhaus aufstellen, wird sich im Frühjahr entscheiden. Viele Themen, die uns bewegen, findet Ihr in dieser Ausgabe. Wir haben viel vor, denn: Nur grün geht's vorwärts! In diesem Sinne: Ein gutes und erfolgreiches und gesundes Jahr 2021!

Eure Redaktion

**Inhalt**

	Seite
Canan Bayram direkt	2
Naturschutz und Stadtgrün	2
Gewerbemietrecht	3
Mietendeckel	3
Verwaltungsreform	4
Planspiel BVV	4
Entsiegelungsprogramm	5
Grüne Oasen	5
Bildungschancen	6
Dragoner Waben	6
Kultur im Lockdown 2	7
Bedingungsloses Grundeinkommen	7
Impressum	7
Rund ums Bezirksparlament	8
Dudenschänke	8
Städtischer Wohnraum	8
Queertausch	9
Bibliotheken	9
Familienförderungsgesetz	9
Spielplätze	10
Bundeswehr-Einsatz	10
Wachsende Stadt	10
Demokratieverteidigung	11
Revolution im Klassenzimmer	11
Service	11
Radwege	12
Grünes Grundsatzprogramm	12
Kolumne	12



BVV-Arbeit auch in Corona-Zeiten: Outdoor-Termin auf dem Sportplatz Lohmühlen-Insel

Foto: ck

**Time flies – kaum zu glauben, dass wir Grüne bereits seit vier Jahren Berlin mitregieren. Vier Jahre in denen sich enorm viel verändert hat. Wir haben keinen Stein auf dem anderen gelassen und die Zeit bestmöglich genutzt, um das Fundament für einen radikalen Umbau unserer Stadt zu legen.**

Bäume wurden gepflanzt, Parks besser gepflegt und Kleingärten verteidigt. Wohnungen wurden gebaut, angekauft und geschützt. Radwege wurden ausgewiesen, Ticketpreise gesenkt, Bahnwagen angeschafft und Kreuzungen gesichert. Wir haben uns für den Zusammenhalt eingesetzt und Grundlagen für ein neues Miteinander gelegt, zum Beispiel mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz. Herausforderungen, die jahrzehntlang unter den Teppich gekehrt wurden, haben wir auf die Agenda gesetzt und auch Politik für all jene gemacht, die bisher oft unter dem Radar waren, wie etwa die vielen Berliner\*innen ohne Wohnung oder Obdach. Wo nötig haben wir Schlusstriche gezogen, wie beim Kohleausstieg. Nachdem die Verhältnisse in unserer Stadt jahrzehntlang zementiert wurden, haben wir am System gerüttelt und die Weichen auf Zukunft gestellt. Darauf bin ich stolz!

Zur Wahrheit gehört aber auch: Eine Stadt lässt sich nicht in vier Jahren umbauen. Schon gar nicht umfassend. Wir geben uns nicht mit kosmetischen Veränderungen zufrieden, sondern denken Berlin ganz neu. Das ist richtig! Denn nur so können wir unsere Stadt fit für die Zukunft machen. Aber radikale Umwälzungen brauchen Zeit, Kraft und Ressourcen, manchmal auch mehr als wir gedacht hätten. Wenn wir Bilanz ziehen, müssen wir uns deshalb unsere To-Do-Liste ehrlich anschauen und kritisch hinterfragen an welchen Stellen es

hakt und warum. Vier Gründe möchte ich hier kurz umreißen.

**Gesetze schreiben sich nicht von selbst**

Veränderungen erfordern oft eine gesetzliche Grundlage und die mussten wir in vielen Bereichen erst schaffen. Etwa durch das Mobilitätsgesetz, mit dem wir zwei Premieren feiern konnten: Es ist deutschlandweit das erste seiner Art und wurde in einem bundesweit einmaligen Beteiligungsverfahren erarbeitet. Mit ihm haben wir die Basis dafür geschaffen, den Straßenraum komplett neu zu verteilen und dem Rad- und Fußverkehr sowie Bussen und Bahnen endlich den Platz einzuräumen, den sie brauchen. Auch mit dem Mietendeckel betreten wir juristisches Neuland und haben als erste deutsche Stadt dieses wirkungsvolle Instrument eingesetzt, das der Spirale aus Spekulation und Verdrängung ein Ende setzen kann. Hoffentlich erfolgreich, denn der bessere Schutz von Mieter\*innen und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum, ist die große soziale Frage unserer Stadt.

**Ohne Personal nix los**

Nach dem Jahrzehnt des Sparens haben wir das Jahrzehnt der Investitionen eingeläutet. Nicht nur für den Bau und die Sanierung von Schulen haben wir so viel Geld in die Hand genommen wie nie zuvor. Aber

um Geld auszugeben, braucht man Personal. Das verplant, verteilt und verbaut. Aufgrund der Sparpolitik der Vorgängerregierungen war aber zu unserem Regierungsantritt nicht nur die Berliner Infrastruktur völlig marode, sondern auch Personal, das man zu ihrer Instandsetzung braucht, war Mangelware. Deshalb haben wir aufgestockt. Der Radverkehr wird mittlerweile von 60 Leuten geplant, statt nur von einer Hand voll. Und auch sonst haben wir massiv in Personal für unsere Stadt investiert. Bei der Polizei wurden 800 neue Stellen geschaffen, bei Feuerwehr und Rettungsdiensten 400. Auch für die Justiz haben wir eingestellt: Richter\*innen, Rechtspfleger\*innen und Vollzugsbeamt\*innen. Grundschullehrkräfte werden besser bezahlt.

**Bundesrecht – Hindernisrecht**

Das Bundesrecht ist in manchen Bereichen unsere Grenze. Der aktuelle Streit mit der Bundesebene um die Aufnahme von Geflüchteten über Landesaufnahmeprogramme zeigt es: Eine konservative Regierung im Bund kann progressive Politik im Land verhindern. Nicht nur in der Asylpolitik ist das ein Hindernis. Ein anderes Beispiel ist das Mietrecht, bei dem manch starker Hebel auf der Bundesebene liegt. Trotzdem kämpfen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln um jeden Quadratmeter Wohnraum und gehen nun juristisch dagegen vor, dass der Bundesinnenminister uns

daran hindern will, Berlin zu einem sicheren Hafen für Menschen auf der Flucht zu machen. Auf allen Ebenen setzen wir uns dafür ein, dass "Refugees Welcome!" in Berlin nicht nur eine Parole ist.

**Tauziehen, statt an einem Strang ziehen**

Von Beginn an hatten wir Grüne in der Koalition die vermittelnde Rolle. Wichtig ist uns, dass Prozesse nicht stocken. Denn Stillstand kann sich Berlin nicht leisten. Das Ausloten von Kompromissen und die Suche nach gangbaren Lösungswegen machen unseren Stil aus. Und wir haben dafür gesorgt, dass es selbstverständlich wird, die Berliner\*innen am Umbau ihrer Stadt zu beteiligen. Die grundsätzliche Haltung bei r2g stimmt. Zusammen haben wir den engagiertesten Koalitionsvertrag geschrieben, den Berlin je gesehen hat und einiges davon umgesetzt. Aber seien wir ehrlich: An vielen Stellen war, ist und bleibt diese Dreiecksbeziehung kompliziert.

Wir sind noch nicht fertig. Noch lange nicht! Was wir mit Berlin vorhaben, lässt sich nicht in einer Legislatur schaffen. Dafür brauchen wir mehr Zeit und deshalb wollen wir auch nach 2021 weiter regieren. Zusammen mit SPD und Linken, aber dieses Mal als führende Kraft.

■ Antje Kapek, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fraktionsvorsitzende

# Zwischen Vorkaufsrecht und Afghanistan

Drei Jahre vielfältige Arbeit als direkt gewählte Abgeordnete

Wie dringend neue Gesetze erforderlich sind, zeigt sich zur Zeit beispielhaft am Gewerbemietrecht. Eingezwängt zwischen der Spekulation am Immobilienmarkt und der Corona-Pandemie, sind viele Gewerbemiet\*innen in ihrer Existenz bedroht. Daher habe ich die Bundesregierung im Deutschen Bundestag wiederholt aufgefordert, bei den Folgen des Lock-Downs für eine faire Lösung zwischen den Mieter\*innen und den Hausbesitzer\*innen zu sorgen. Zum grundsätzlichen Schutz von Gewerbemiet\*innen brachte ich Anfang Oktober den Entwurf eines neuen Gewerbemietrechts ein. Erstmals seit rund 100 Jahren sollen damit Gewerbemiet\*innen vor Kündigungen und überhöhten Mietforderungen geschützt sowie ein Verlängerungsanspruch für den Mietvertrag ins Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) eingeführt werden.

## Mietrecht und Friedenspolitik

Vor drei Jahren bin ich von den Bürger\*innen von Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost als ihre Vertretung und unabhängige Stimme direkt in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Dort bin ich Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Grüne. Unabhängig bedeutet für mich aber auch, mich nicht der Fraktionsdisziplin zu unterwerfen. So war ich zu Beginn der Legislaturperiode zum Teil heftigen Anfeindungen ausgesetzt, weil ich von Anfang an gegen eine Bundesregierung aus CDU, FDP und Grünen („Jamaika“) war. Daneben bin ich „Ordentliches Mitglied“ im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, sowie im Unterausschuss Europarecht und im Richterwahlausschuss. Dazu bin ich Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie für Verteidigung. Allein diese Aufzählung von formalen Zuständigkeiten zeigt die Vielfalt der Themen, mit denen ich mich im Deutschen Bundestag beschäftige.

Zum Recht gehört das Mietrecht und es ist mir ein besonderes Anliegen, die Rechte von Wohnungsmiet\*innen zu stärken. Hierzu habe ich im März 2020 zu einem Fachgespräch eingeladen. Zugleich setze ich mich im Wahl-



Canan bei ihrer Wahl zur Bundestags-Direktkandidatin für Friedrichshain-Kreuzberg

Foto: ck

kreis für von Verdrängung bedrohte Mieter\*innen ein, die zum Beispiel in Häusern leben, die zuletzt vom Kauf durch den Finanzinvestor Heimstadten betroffen waren. Parallel dazu habe ich mich mit der Frage an den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags gewandt, ob und wie eine Vergesellschaftung von großen Immobilienkonzernen möglich ist. Aus den Antworten wurde ersichtlich, dass es weniger um rechtliche Hürden, als vielmehr um den politischen Willen dazu geht, wie ich in einem Meinungsbeitrag für den Tagesspiegel darlegen konnte. Schwierig sind im Bundestag nicht nur die unterschiedlichen politischen Ansichten – auch unter Parteifreund\*innen – sondern weil auf viele Probleme mit anderer

regionaler Perspektive geblickt wird. Im süddeutschen Eigenheim fehlt oft das Verständnis für die Probleme der Mieter\*innen in Berlin.

## Geflüchtete und Kampf gegen rechts

Am Herzen liegt mir auch die Friedenspolitik. In den Kriegs-Regionen, wo die Bundeswehr eingesetzt ist, habe ich mir ein eigenes Bild von der Situation gemacht. So war ich in Afghanistan in Kabul, Kundus und Mazar-e Sharif sowie im Irak in Bagdad und Erbil. Im Bundestag habe ich dann gegen diese Einsätze gestimmt und dies in ausführlichen „Persönlichen Erklärungen“ begründet.

Seit Anfang des Jahres begleite ich kritisch die Corona-Gesetzgebung der Bundesregierung. Und ich unterstütze solidarisch den Kampf der Geflüchteten um ihre Rechte und die Seenotrettung im Mittelmeer. In vielen Anträgen und Anfragen an die Bundesregierung versuche ich gemeinsam mit meiner Fraktion die verfassungsfeindlichen Tendenzen in Polizei und anderen Sicherheitsbehörden anzugehen. Aber immer mit einem lösungsorientierten Blick. Gerade bei diesem Thema ist uns in Berlin die Einführung einer\* unabhängigen Polizeibeauftragten gelungen.

In meinen Reden im Parlament erhebe ich immer wieder meine Stimme gegen die AfD. Am meisten Auf-

merksamkeit in den Sozialen Medien bekam wohl die Rede mit dem Spruch „eure Kinder werden so wie wir – und das ist auch gut so – bunt und vielfältig“. Doch der Kampf gegen Nazis findet auch auf der Straße statt, und so war ich als parlamentarische Beobachterin auf vielen Demos zu finden.

## Eine Vielzahl weiterer Themen

Viele andere Themen wie Lebensmittelverschwendung, Antidiskriminierung und eine Kindergrundsicherung spielen auch eine Rolle bei meiner Arbeit. „Warum ist Falsch-Parken eine Ordnungswidrigkeit, aber das Fahren ohne Fahrschein eine Straftat?“, fragte ich bei einer meiner bisher 45 Reden im Deutschen Bundestag. In den letzten drei Jahren stellte ich über 250 Schriftliche Fragen und rund 100 Mündliche Fragen an die Bundesregierung. Da reichten die Themen von den Kaufverhandlungen bei der Ratibor 14 bis hin zur Einschätzung des Chaos Computer Clubs zu Fragen des Datenschutzes.

Großen Spaß machen mir die vielen Stände und Familienfeste, weil da ein ungezwungener Kontakt zu meinen Wähler\*innen möglich ist und ich für die Menschen ansprechbar bin. Es ist für mich wesentlich, direkt von Angesicht zu Angesicht von meiner Arbeit im Bundestag berichten und erzählen zu können. Ich hoffe sehr, dass die Folgen der Pandemie bald überwunden sind und dieser direkte Kontakt wieder möglich sein wird.

Es hat mich als Anerkennung meiner Arbeit sehr gefreut, dass mich die Mitglieder von Bündnis 90/Grüne in meinem Wahlkreis wieder mit großer Mehrheit als Direktkandidatin für den Bundestag aufgestellt haben. So blicke ich jetzt auf die kommende Wahl und werde um die erneute Unterstützung der Wähler\*innen in unserem Bezirk kämpfen.

Mehr über meine Arbeit:  
[www.bayram-gruene.de](http://www.bayram-gruene.de)

■ Canan Bayram,  
Mitglied des Bundestages

# Progressive Grüne Politik bei Naturschutz und Stadtgrün

Wir Grüne haben viel geschafft. In dieser Legislaturperiode haben wir eine grundsätzliche Kehrtwende im Bereich des Stadtgrüns, der Stadtbäume und des Naturschutzes erreicht.

Berlin hat eine Grünbauoffensive (mehr Finanzmittel für Straßenbäume, Grünflächenpflege, -sanierung...) beschlossen, hat als erstes Bundesland eine Bienen- und Bestäuberstrategie entwickelt, die Schritt für Schritt umgesetzt wird, hat die bezirklichen Grünflächenämter aber auch die Berliner Forsten personell deutlich gestärkt, hat jeweils eine Stelle für Urban Gardening und Koordinierung für die Umsetzung der BioDiv-Strategie und Bienenkoordinierungsstelle geschaffen, hat die „Charta für Berliner Stadtgrün“ entwickelt, unzählige Akteur\*innen der Zivilgesellschaft finanziell besser aufgestellt...

In den letzten Dekaden wurden diese Politikfelder sträflich von den Vorgängerregierungen vernachlässigt und kaputt gespart. Bereits im ersten, von r2g verantworteten Haushalt haben wir die Finanzmittel in diesem Bereich immens erhöht und die Projekte des mit tiefgrüner Tinte geschriebenen Koalitionsvertrages umgesetzt. Mit dem zweiten Haushalt haben wir mit einem über 60

Mio. Euro umfassenden grünen Paket dafür gesorgt, dass in 2020 und 2021 der Baumschutz und der Schutz von Grünflächen auf ein deutlich höheres Niveau gehoben werden. Es kommen zusätzliche Haushaltsmittel dazu, mit denen wir die Parks und Grünanlagen besser pflegen, aber auch die bezirklichen Grünflächenämter mit mehr Personal ausstatten. Auch mit der Einstellung von Parkmanager\*innen in den Bezirken und Naturranger\*innen für die Landschafts- und Naturschutzgebiete ist Berlin gewappnet, u.a. Bürger\*innen für einen nachhaltigen Umgang mit den Parks und Grünanlagen zu gewinnen bzw. die Umwelt- und Naturbildung zu stärken und zu verstetigen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 (KEP 2030) sichern wir alle Kleingartenanlagen, die sich auf landeseigenen Flächen befinden, ab.

Zudem beschleunigen wir den Mischwaldausbau durch die Berliner Forsten deutlich. Das ist aufgrund der Klimakrise wichtiger denn je. Die Berliner Forsten, die Landes-

forstverwaltung Berlins, wird durch zahlreiche neue Personalstellen gestärkt und gegen den Klimawandel fit gemacht.

Auch im Bereich der Umwelt- und Naturbildung haben wir vieles erreicht. Beispielsweise entstehen in jedem Bezirk ein Umwelt- und Naturbildungszentrum und die Berliner Gartenarbeitsschulen und Waldschulen werden deutlich gestärkt.

## Noch viel vor...

Unsere Regierungsbeteiligung hat dem Stadtgrün und Naturschutz in Berlin ohne Frage gut getan. In der kommenden Legislatur wird es wichtig sein, das Erreichte zu verstetigen. Zum anderen muss es der Ansatz von uns Grünen sein, dass wir das Tempo des ökologischen Umbaus der Stadt beschleunigen.

Wir wollen Rechtssicherheit dafür schaffen, dass die Kleingartenflächen als Teil der grünen Infrastruktur dauerhaft geschützt werden und sich

für die gemeinschaftliche Nutzung öffnen können. In Zusammenarbeit mit den Kleingartenverbänden und der Zivilgesellschaft (z.B. Urban Gardening Community) wird ein Fahrplan erarbeitet, wie die Kleingärten transformiert werden können. Das heißt, dass diese öffentlichen Flächen von mehr Berliner\*innen genutzt werden sollen als es aktuell der Fall ist. So sollen sie sich in die Kieze für Schulen und Kitas öffnen, andere Formen des Gärtnerns (wie Urban Gardening, Gemeinschaftsgärten...) ermöglichen, Biodiversität fördern und ökologisch gärtner. Ein mir persönliches sehr wichtiges Anliegen ist es, dass wir Urban Gardening in Berlin tiefer verwurzeln und die Zivilgesellschaft noch stärker unterstützen und fördern.

Jedes Gebäude wollen wir mit einem Gründach bzw. Grünfassaden errichten, auf dem naturnahe Lebensräume entstehen. Auch in den Hinterhöfen will ich grüne Veränderung. Das stadtweite Hofbegrünungsprogramm wird mit mehr Finanz-

mitteln ausgestattet. Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften müssen vorangehen.

Auch ein Berliner Naturcent, ein wichtiges Grünes Projekt, muss endlich Realität werden. Aktueller Stand ist, dass die Koalitionspartner leider dieses Vorhaben blockieren, obwohl dies im Koalitionsvertrag vereinbart ist.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist ein Querschnittsthema. Aus dem Grund wollen wir sie auf die Senatskanzelebene wie in Hamburg heben.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt von den Projekten, die wir uns in der kommenden Legislaturperiode vornehmen wollen und müssen, denn eines ist nach vier Jahren r2g auch sehr deutlich – wir sind die einzige politische Kraft, die progressive Grüne Politik bei Naturschutz und Stadtgrün, Klimaschutz mit Nachdruck vertritt.

■ Dr. Turgut Altug,  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Gewerbemiet\*innen schützen und stärken

Erstmals liegt ein Gewerbemietrecht auf dem Tisch – man muss nur zugreifen

Keinen Gemüseladen mehr um die Ecke, aber dafür vier Euro für die Tasse Kaffee bezahlen. Diese Klage von Anwohner\*innen in Berlin, aber auch in vielen anderen deutschen Städten, konnte ich – als ich im Herbst 2017 mein Direktmandat für Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost antrat – schnell konkret durchbuchstabieren. Da war der Blumenladen in der Samariterstraße in Friedrichshain, die Spätis im Prenzlauer Berg und in Kreuzberg und das Modeschäft am Kottbusser Damm. Aktuell ist es der drohende Rauswurf der Buchhandlung Kisch & Co in der Oranienstraße. Auch Ärzt\*innen ächzen inzwischen unter den hohen Mietforderungen.

## Bisher fehlt eine gesetzliche Grundlage

Alle diese Fälle eint, dass Gewerbetreibende, Handwerker\*innen, Kulturschaffende und soziale Einrichtungen mit zum Teil horrenden Mietforderungen der Hausbesitzer\*innen konfrontiert sind, die sie nicht bezahlen können. Oder ihr Vertrag wird nicht verlängert. Da es im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) kein

Gewerbemietrecht gibt, sind sie Kündigungen und unbegrenzten Mieterhöhungen schutzlos ausgeliefert. Dabei haben sie oft seit Eröffnung ihrer Geschäfte Tag und Nacht gearbeitet und ihr gesamtes Geld investiert, um sich und ihren Familien eine Existenz aufzubauen. Durch ungerechtfertigte Mieterhöhungsverlangen und Kündigungen werden sie ihrer Existenzgrundlage beraubt, und das auch noch auf legalem Weg.

So bestimmen immer mehr Ketten und ähnliche Geschäftsmodelle das Bild der Einkaufsstraßen in den Innenstädten. Denn nur sie können noch die teuren Mieten bezahlen. Dass diese Entwicklung zu einer Verödung der Innenstädte führt, bestreitet heute fast niemand mehr. Am Horizont tauchen als warnende Beispiele die letztlich unbewohnten Innenstädte von Paris und London auf.

## Gemeinsam für eine gesetzliche Verankerung

Deshalb habensich in meinem Wahlkreis Initiativen von Anwohner\*innen, wie Bizim Kiez, gegründet, ausgelöst durch die Kündigung eines Gemüse-

ladens in der Nachbar\*innenschaft. Gewerbetreibende schlossen sich zusammen, zum Beispiel zur OraNostra in der Oranienstraße und den GloReichen in der Glogauer bzw. Reichenberger Straße.

Mit Hilfe des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages konnte ich dokumentieren, dass es in anderen Ländern sehr wohl so etwas wie ein Gewerbemietrecht gibt. Der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb wird in diesen Fällen in seinem Bestand geschützt.

Auf meine Einladung hin trafen sich die Gewerbemiet-Initiativen, viele Expert\*innen und Politiker\*innen zu zwei Fachgesprächen im Deutschen Bundestag. Was läuft schief und was muss sich ändern, fragten wir im ersten Fachgespräch. Und entwickelten daraus einen Gesetzentwurf, der im zweiten Fachgespräch zur Diskussion gestellt wurde. Keinen Antrag, dass die Bundesregierung mal dies und das tun soll, sondern ein Gesetz, das morgen in Kraft gesetzt werden kann. Anfang Oktober 2020 habe ich den Gesetzentwurf zum Gewerbemietrecht gemeinsam mit meiner Fraktion in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Grundsätzlich werden in diesem Gesetzentwurf Kleinstädte in Mecklenburg-Vorpommern und Großstädte wie Berlin nicht über einen Kamm geschert. Den Ländern wird stattdessen auf Antrag hin erlaubt, in besonders angespannten Gewerbemietmärkten und von Verdrängung bedrohten Gebieten bestimmte Gewerbebetriebe durch ein Gewerbemietrecht zu schützen. Dies bedeutet, „jede Kommune kann, keine muss“ das Gesetz anwenden. Damit wird der eingerichtete und ausgeübte Gewerbebetrieb mit einer Begrenzung von Mieterhöhungen wirksam davor geschützt, dass die Existenzgrundlage zerstört wird. Existenzsicherheit wird zudem durch einen ähnlichen Kündigungsschutz wie bei Wohnungsmieter\*innen und durch einen Verlängerungsanspruch für befristete Gewerbemietverträge gestützt.

## Der Gesetzentwurf

Schützen soll das Gesetz kleine Gewerbebetriebe mit wenigen Mitarbeiter\*innen, von denen es ge-

rade in den Kiezen in Berlin, Hamburg oder München viele gibt.

Dieses Gesetz würde auch dazu beitragen, dass einige langjährig erkämpfte Freiräume in Berlin erhalten bleiben könnten, wie zum Beispiel bestimmte Kneipen oder Clubs. Auch wenn für manche das Gesetz leider wohl zu spät kommt, da bereits Räumungstitel vorliegen.

Lange genug hat die Bundesregierung die Probleme ignoriert und auf meine Fragen im Parlament ausweichend geantwortet. Sie hat die Gewerbemiet\*innen im Stich gelassen und ist untätig geblieben. Jetzt bietet sich für alle die Chance, etwas zu tun. Mit dem Gesetzentwurf mache ich der Koalition auf Bundesebene aus CDU und SPD ein Angebot. Sie müssen nur noch dem Gesetz zustimmen.

Das Gesetz findet ihr hier: [https://bayram-gruene.de/gewerbemiet\\*innen-schuetzen-und-staerken-der-gesetzentwurf/](https://bayram-gruene.de/gewerbemiet*innen-schuetzen-und-staerken-der-gesetzentwurf/)

■ Canan Bayram, Mitglied des Bundestages

# Es gibt ein Recht auf Absenkung überhöhter Mieten

Der Mietendeckel ist gerade angesichts der Corona-Pandemie für viele Menschen ein Anker und stärkt den sozialen Frieden in unserer Stadt. Nach den ersten neun Monaten ist jetzt die 2. Stufe des Mietendeckels in Kraft, mit dem sich Mieten sogar senken lassen, um Renditen zu begrenzen. Jedoch müssen auch hier die Mieter\*innen oft ihr Recht erkämpfen und einig beachten.

Mit dem Mietendeckel werden die Mieten seit letztem Jahr nicht nur gedeckelt, sondern auch eingefroren. Zwar steht die grundsätzliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch aus und man kann auch die ein oder andere Detailregelung kritisch sehen, aber der Mietendeckel hat zum einen dafür gesorgt, eine Trendumkehr einzuleiten: Im Gegensatz zu anderen Städten sind die Mieten in Berlin bei Neuvermietung seitdem um fast 10 Prozent gesunken und nicht weiter gestiegen. Er hilft, dass eine Wohnung, die neu vermietet wird, nicht mehr um 30 Prozent teurer wird, obwohl nichts modernisiert wurde. Und zum anderen, dass viele Menschen eben endlich nicht ständig Angst haben müssen, dass bald die nächste Mieterhöhung ins Haus flattert bzw. sie morgen ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Der Mietendeckel verschafft den Menschen eine Atempause und zeigt den Menschen: Rot-rot-grün ist entschlossen, mutig Neuland zu betreten. Der Mietendeckel ist vielmehr als nur die Begrenzung von Mieten, er versucht, das Primat der Politik wieder herzustellen.

## Mietabsenkungen – 350.000 Haushalte profitieren

Er gilt für die rund 1,5 Millionen freifinanzierten Wohnungen – das sind mehr als 90 Prozent aller Berliner Mietwohnungen. Für ca. 350.000 Haushalte müssen die Mieten seit dem 23. November nun sogar abgesenkt werden. Das ist dann der Fall, wenn die Mieten mehr als 20 Prozent über der entsprechenden Mietobergrenze liegen. Um festzustellen, welche Mietobergrenze für eine Wohnung gilt, hat das Land Berlin einen Mietendeckelrechner online eingerichtet. Er ermittelt die jeweils gültigen Werte. Das Gesetz zum Mietendeckel sieht vor, dass die Vermieter\*innen ab dem 23. November bei Über-

schreitung der Obergrenzen selbstständig eine Absenkung vornehmen müssen. Passiert dies nicht, helfen der Berliner Mieter\*innenverein, die Mieter\*innengemeinschaft oder die kostenfreien Mieter\*innenberatungen im Bezirk weiter. Außerdem können sich die Mieter\*innen an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wenden. Sie überwacht die Einhaltung des Gesetzes, d.h. sie kann bei Verstößen dagegen vorgehen und z. B. Geldbußen von bis zu 500.000 Euro verhängen.

## Härtefall und Mietzuschuss ermöglichen Einzelfallgerechtigkeit

Vermieter\*innen, die auf die höheren Mieten wirklich angewiesen sind, können bei der Investitionsbank Berlin (IBB) einen Härtefall beantragen – bis heute sind gerade einmal 700 Fälle eingegangen – und dann die notwendige Miethöhe verlangen. Mieter\*innen, die aber wiederum auf die Mietabsenkung aufgrund ihres Einkommens angewiesen sind, haben das Recht, bei der IBB einen Mietzuschuss zu beantragen. So ist garantiert, dass jeder Einzelfall auch bedarfsgerecht und fair behandelt wird und eben nicht der reiche Zahnarzt – wie in der Presse kolportiert – vom Deckel profitiert.

## Gesparte Miete zurück legen

Mit dem rot-rot-grünen Mietendeckel betreten wir juristisches Neuland. Es war bereits früh bekannt, dass CDU und FDP eine Normenkontrollklage für das Bundesverfassungsgericht einreichen werden. Daher mussten wir besonders gut abwägen, welches Modell gleichzeitig sozial und fair, aber auch umsetzbar und rechtssicher ist, damit das Gesetz die



Wohnturm in Kreuzberg

Foto: rs

zu erwartenden Klagen vor Gericht besteht. Erst wenn das Bundesverfassungsgericht eine finale Entscheidung trifft, haben alle Berliner\*innen auch Rechtssicherheit. Wir sind überzeugt, dass die Kompetenz für das Berliner Wohnungswesen beim Land Berlin liegt. Nach unserer Rechtsauffassung

darf Berlin die Mieten durch Landesrecht begrenzen. Leider müssen wir allen Mieter\*innen raten, deren Mieten gesenkt werden, vorsorglich den Betrag erstmal zurück zu legen. Erst das Bundesverfassungsgericht wird dies final im 2. Halbjahr 2021 entscheiden und uns

allen Sicherheit geben können. Solange gilt im Zweifel immer: ab zur Mieter\*innenberatung.

## Nächstes Großprojekt: Miet- und Wohnungskataster

Der Mietendeckel ist ein Beitrag dazu, den Wohnungsmarkt wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Aber er ist auch erst der Anfang. Denn wir als Koalition arbeiten gerade an dem nächsten wichtigen Projekt, um den Wohnungsmarkt umzubauen: die gesetzliche Einführung eines Wohn- und Mietkatasters. Dieses Kataster soll nicht nur helfen, alle Miethöhen digital und transparent zu erfassen, um den Mietendeckel besser kontrollieren und zeitlich verlängern zu können. Ebenso lassen sich damit auch Leerstand, die Gewerbevermietung, der energetische Zustand und vor allem die sogenannten wirtschaftlich Berechtigten einer Immobilie erfassen. Denn oft wissen wir gar nicht, wem ein Haus gehört. Wir wissen gar nicht, wo bestimmte Unternehmen ihre Immobilien haben. Und hinter komplizierten Firmengeflechten findet man dann meistens nur eine Adresse auf Zypern oder in Luxemburg. Jedoch brauchen die Behörden und die Mieter\*innen den wirtschaftlich Berechtigten, um Missstände wie Zweckentfremdungen ahnden und letztlich beseitigen zu können. Ein Miet- und Wohnungskataster ist also der Grundstock für einen transparenten Immobilienmarkt, der den Berliner\*innen dient und nicht umgekehrt. Wir Grüne haben dafür ein Gesetz erarbeitet und sind fest entschlossen, dieses noch in dieser Legislaturperiode zu beschließen.

Mietendeckelrechner und alle Kontaktdaten bei Problemen mit der Absenkung unter: <https://mietendeckel.berlin.de>

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Verwaltungsreform nur mit mehr Demokratie

Seit der Gründung Groß-Berlins und damit auch der Stadtbezirke Friedrichshain und Kreuzberg vor 100 Jahren gibt es Debatten, wie Berlin, heute bestehend aus zwölf bezirklichen Großstädten, am besten verwaltet und gesteuert werden soll.

Friedrichshain-Kreuzberg für sich genommen ist die Nummer 23 auf der Liste der bevölkerungsreichsten Großstädte Deutschlands und ordnet sich zwischen Augsburg und Mannheim ein. Ganz anders als bei den beiden Städten in Süddeutschland ist die kommunale Selbstverwaltung in Berlin eine Aufgabe, bei der die Landesebene und die Bezirke eng verschränkt miteinander zusammenarbeiten. Die aktuell diskutierten Reformvorschläge sollen deshalb das Verhältnis zwischen den Bezirksämtern und den landeseitigen Senats- bzw. Hauptverwaltung neu ordnen. Soweit, so viel Verwaltung, nur wo bleibt das Selbst in Selbstverwaltung? Was ist die Rolle der kommunalen Demokratie? Wer trifft Entscheidungen und wer trägt anschließend die Verantwortung für die Folgen dieser Entscheidungen?

## Hierarchie und preußische Obrigkeit

Über die letzten Jahrhunderte hinweg konnten die Berliner\*innen zu meist selbst wenig über ihre Belange entscheiden. Entschieden wurde etwa durch eine preußische Obrigkeit, die in ihrer Residenzstadt Berlin mit Hilfe einer strikt hierarchisch organisierten Verwaltung Dekrete durchzusetzen ließ. Beteiligungsmöglichkeiten waren schwach ausgeprägt und wurden argwöhnisch beobachtet. Auch im 20. Jahrhundert, nach Ende der Hohenzollern-Herrschaft, waren unterschiedlichste Machthaber und Obrigkeiten damit beschäftigt viele zentrale Entscheidungen über Berlin ohne seine Bewohner\*innen zu fällen. Der Modus blieb die Hierarchie: das Prinzip oben befehlen und unten gehorchen. Heute können wir Berliner\*innen glücklicherweise selbst entscheiden, wie unsere zweigleisige Verwaltung aus Bezirken und Hauptverwaltung aussehen soll. Dabei gilt es, zwei Grundprinzipien neu auszutarieren: Demokratie und die Hierarchie der Verwaltung.

Wie alle öffentlichen Verwaltungen und die allermeisten Unternehmen sind die Bezirks- und Hauptverwaltungen in Berlin hierarchisch organisiert. Jeder Arbeitsschritt muss mit der darüberstehenden Ebene oder der darunter befindlichen Verwaltungsebene abgestimmt werden. Sehr viele Schnittstellen, sehr viele Reibungsverluste. Wenn zusätzlich auch zwischen Senatsverwaltungen und den Bezirken Schnittstellen zwischen kommunalen und ministeriellen Aufgaben dazu kommen, lauert das Verantwortungschaos, Behörden-Ping-Pong und lange Bearbeitungsdauern. Egal wie sehr wir uns mit einer Verwaltungsreform auch anstrengen, solche Schnittstellenprobleme werden auch danach neu auftauchen und dann gelöst werden müssen. Gerade dafür braucht es starke Parlamente, die dynamisch in den Bezirken und im Abgeordnetenhaus Entscheidungen für jede Art von neu auftauchenden Problemen treffen können. Bisher dreht sich die Debatte zu sehr um die Verwaltungshierarchie selbst und zu wenig um die Lösungskraft der Demokratie.

## Von oben nach unten?

Verwaltungsmodernisierung aus der Verwaltungsperspektive selbst sieht ungewollt leicht wie eine Verschärfung der Hierarchie aus: Vorschläge wie mehr Controlling, mehr Monitoring und mehr Kontrollmöglichkeiten der Verwaltungsspitze von oben nach unten werden ein- und aufgebaut. In diesem Sinne sind Vorschläge wie die Vereinheitlichung der Abteilungsstrukturen aller Bezirke



Rathaus Kreuzberg

Foto: rs

oder erweiterte Eingriffsmöglichkeiten der Fachaufsicht auf Landesebene zu verstehen. Die ministerielle Senatsverwaltung vermutet, durch mehr Kontrollmöglichkeiten die Umsetzung kommunaler Aufgaben besser steuern zu können als die bezirklichen Beschäftigten, die Bezirksämter und die Bezirksparlamente. Dabei sind es doch eben diese bezirklichen Akteure, die wissen, was und wie etwas vor Ort auch funktionieren kann. Wer glaubt dies sei der richtige Weg für Berlin, der möge sich die bisher ausgebliebenen Zentralisierungserfolge der IT-Steuerung im Land Berlin anschauen.

Vielversprechender als zentralplanerische Hierarchien mit zusätzlichen Kontrollmöglichkeiten auszustatten sind Zielvereinbarungen zwischen den Bezirken und den Senatsverwaltungen. Ganz im Sinne einer Demokratisierung der Verwaltungsbeziehung im Land Berlin bieten sie die Chance auf mehr Augenhöhe und Kooperation in der zweiteiligen Verwaltungsstruktur. Klar muss dabei sein, dass die Seite, die die Ziele vorgibt, damit aber auch die Verantwortung für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen zur Zielerreichung übernimmt. Was in der Kneipe gilt, gilt auch für Zielvereinbarungen zwischen Bezirken und Senat: Wer die Runde bestellt, muss sie am Ende auch zahlen.

## Mehr bezirkliche Demokratie

Der Vorschlag, den Bezirksbürgermeister\*innen mehr Entscheidungskompetenz zu geben, muss mit einem Mehr an bezirklicher Demokratie einhergehen. Entscheidend ist hier nicht, wer dieses Amt auf Zeit innehat, sondern ob die Kontrollmöglichkeiten der Bezirksparlamente gegenüber der Leitung der Bezirksverwaltung gleichermaßen gestärkt werden. Proteste von Einwohner\*innen oder gar Fehlentscheidungen der Verwaltungsspitze dürften sich häufen, wenn eine gestärkte Bezirksbürgermeister\*in keiner hinreichenden demokratischen Rückkopplung in der BVV gegenüber steht. Zentral wird es sein, ob es gelingt auch auf parlamentarischer Seite die Zuständigkeiten klarer zu ordnen. Deshalb müsste das politische Bezirksamt eingeführt werden. Damit gäbe es in jeder Bezirksverordnetenversammlung Regierungsfractionen und genauso wichtig, echte Opposi-

tionsfractionen, die eine andere Vorstellung von der Zusammensetzung des Bezirksamtes hätten und auf einen Wechsel drängen würden, da sie selbst das bessere Konzept bei sich vermuten würden.

## Herrschaft des Geldes

Die in Teilen behäbige, hierarchische Steuerung der zweigleisigen Verwaltung Berlins hat dazu geführt, dass zunehmend fiskalische Steuerung an deren Seite getreten oder diese gar ersetzt hat. Kurz gesagt, werden dann Entscheidungen, ob und wer etwas macht, dadurch getroffen, wer das Geld dafür bekommt – oder

auch nicht. Dies spiegelt sich in der Relevanz von SenFin gegenüber allen anderen Senatsverwaltungen. Und vielmehr noch in den Schnittstellen zwischen Hauptverwaltung und Bezirken. Längst nicht alle Teile der bezirklichen Budgets können von den verantwortlichen Bezirksparlamenten in den Haushaltsberatungen transparent und öffentlich auf den Prüfstand gestellt und im Zweifel umgeschichtet werden. Zwar gibt es bezirkliche Globalsummen, doch eine Vielzahl von Sonderprogrammen und weiteren Nebenabreden zwischen Bezirksamtsmitgliedern und den Senatsfachverwaltungen machen das Dickicht der fiskalischen Steuerung undurchsichtig für die Öffentlichkeit. Sonderpro-

gramme und zusätzliches Geld der fachlich zugeordneten Senatsverwaltungen werden nach Gutdünken mal gut, mal schlecht begründet mit diffuser Zielsetzung an die Bezirke weiter gereicht. Eine öffentliche Debatte über die Sinnhaftigkeit und Ausgestaltung dieser Finanzmittel muss die ausschüttende Senatsverwaltung oftmals nicht fürchten. Und mit entsprechender Qualität sind viele Programme auch gestriekt. Es ist daher sinnvoll, alle Sonderprogramme in die Bezirksbudgets zu überführen und den Mut aufzubringen, den Berliner Bezirken deutlich mehr Finanzhoheit – auch in Form von Teilen des lokalen Steueraufkommens – direkt zu überlassen. Alle zwölf Bezirke haben Bezirksparlamente, die über alle Mittel, die die Bezirksämter ausgeben, demokratisch entscheiden sollten.

## Zusammengepuzzelt?

Die Berliner Konstruktion als Stadtstaat, Bundesland und Metropole zusammengepuzzelt aus zwölf Großstädten ist der beständige Kern für jede Reformanstrengung. Die Bezirke sind vielfältig, die Zusammensetzung der Bezirksparlamente spiegelt diese Vielfalt auch politisch wider. Kommunale Selbstverwaltung ist am besten in der Lage, auf die unterschiedlichsten Wünsche der Berliner\*innen in ihren jeweiligen Bezirken einzugehen. Wir sollten den Schnittstellenproblemen der Verwaltungshierarchie mit mehr Transparenz und einem Mehr an demokratischer Kontrolle begegnen. Kürzere Legitimationsketten vom Abgeordnetenhaus zu den Senatsverwaltungen und mehr Einfluss der Bezirksverordnetenversammlungen auf das Bezirksamt helfen das Verantwortungs-Ping-Pong zu reduzieren. Wir sollten ein Mehr an kommunaler Demokratie wagen, um die Berliner Verwaltung in Zukunft besser zu machen.

■ Tobias Wolf,  
Bezirksverordneter

# Planspiel der BVV-Fraktion

Gerade unter Pandemiebedingungen ist es schwierig, einen guten Einblick zu bekommen, wie genau die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eigentlich konkret funktioniert. Zwar können die Sitzungen per Livestream verfolgt werden, eine Beobachtung der Fraktionen und des Geschehens abseits vom Redepult ist jedoch leider nicht möglich.

Um einen besseren Einblick zu gewährleisten, veranstaltete die grüne BVV-Fraktion deshalb Ende November ein digitales BVV-Planspiel, zu dem sich kommunalpolitisch interessierte Mitglieder anmelden konnten.

## Fiktive BVV-Sitzung

Im Vorfeld erhielten alle Teilnehmer\*innen eine Einladung zur fiktiven „BVV-Sitzung“ und vier auf der Tagesordnung stehende Anträge.

Nach einer kurzen Einführung zu Zuständigkeiten und Kompetenzen der BVV sowie der Beantwortung der Frage, wie aus einer politischen Idee ein Antrag wird, wurden alle Teilnehmer\*innen vier fiktiven Fraktionen zugeordnet. Zunächst wurde (unter Leitung eines erfahrenen Fraktionsmitglieds) eine Fraktionssitzung abgehalten. Nach einer kurzen Erläuterung des Ablaufs einer „Frasi“ wur-

de besprochen, wie sich die Fraktion zu den einzelnen Anträgen verhalten will, wer zu welchem Antrag reden soll und überlegt, welche mündliche Anfrage eingebracht werden kann.

Nach einer kurzen Pause zur Vorbereitung ging es dann ins BVV-Plenum. Wie in der Realität auch, waren neben den einzelnen Fraktionen auch ein BVV-Vorsteher, das Bezirksamt und technische Unterstützung anwesend.

Die mündlichen Anfragen an das Bezirksamt (Clara Herrmann) machten gleich deutlich, wie vielfältig die Themen im Bezirk sind und dass die Teilnehmer\*innen sich gut in ihre jeweilige Fraktionsrolle eingefunden hatten.

Danach folgte die Diskussion der einzelnen Anträge. Schnell entspannen sich hier muntere Debatten. Engagiert wurde für die Zustimmung oder Ablehnung eines Antrages geworben, auf die Argumente der anderen eingegangen und für die eigene Position geworben. Der Onlinechat wurde dabei schnell zum Kanal für die Zwischenrufe. Anmerkungen, Zustimmung und Ablehnung, die in einer echten BVV verbal geäußert würden, sorgten so für weiteres Anheizen der Debatten.

Auch Anfragen auf Beitritt zu einer Drucksache, Vorschläge zu Änderungen der Antragstexte und

verschiedenste Geschäftsordnungsanträge wurden eingebracht. Die Abstimmungen zu den einzelnen Drucksachen, zu Änderungsanträgen und Geschäftsordnungsanträgen wurden mittels Abstimmungstool ebenfalls durchgeführt und die Ergebnisse grafisch dargestellt.

## Fazit

Nach dem Ende der BVV, beim digitalen „Feierabendbier“ äußerten die Teilnehmer\*innen nicht nur, dass sie einen guten Einblick in die BVV-Arbeit bekommen haben, sondern auch, dass sie sich ebenfalls ein zukünftiges Engagement in der BVV gut vorstellen können. Erfahrene BVVler\*innen hingegen hatten Spaß daran, auch mal in die Rolle anderer Fraktionen schlüpfen zu können und ihre übliche Rolle innerhalb der BVV zu tauschen. Alles in allem ein gelungener Abend, der Spaß auf weitere Veranstaltungen gemacht hat! Hierfür gibt es schon Termine, und zwar im Februar und März 2021. Informieren könnt Ihr Euch im Fraktionsbüro unter 030 – 90298-2590.

■ Sarah Jermutus,  
Bezirksverordnete

# Parkplätze zu Baumscheiben

Die Frage, wie in der Stadt öffentliche Flächen genutzt werden, wird kontrovers diskutiert. Wir kämpfen für mehr Grün statt Grau – wir wollen Flächen entsiegeln und umwidmen und setzen uns für ein Entsiegelungsprogramm für Berlin ein.

Auf der einen Seite des politischen Spektrums gibt es laute Stimmen, die eigentlich gar nichts ändern wollen und an der derzeitigen Verteilung von Flächen nichts Negatives finden. Auf der anderen Seite stehen wir Grünen – wir stellen die Verteilungsfrage auch beim Thema öffentliche Flächen. Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits damit begonnen, die Weichen für eine andere Mobilitätspolitik und einen anderen Umgang mit den öffentlichen Flächen zu stellen.

In der kommenden Legislatur wollen wir an Tempo zulegen. Wir haben progressive Antworten, erkennen aber auch, dass die Umsetzung viel Zeit in Anspruch nimmt. Beim Blick über den Stadtrand sieht man, dass sich viele andere Städte und Kommunen die selben Fragen stellen und politische Antworten finden, die noch ein Stückchen weiter gehen als hier in Berlin.

## Jährlich mind. 2.000 Parkplätze umwandeln

Ein gutes Beispiel für die Umwandlung/Umwidmung von Parkplätzen ist München. Dort wurde im Koalitionsvertrag (Rot-Grün) vereinbart: „Im Bereich des Autoverkehrs werden öffentliche Parkplätze umgewandelt bzw. reduziert (mindestens 500 pro Jahr)“.

Im europäischen Kontext gibt es sogar noch progressivere Ansätze. In Paris wurde Anne Hidalgo in diesem Sommer mit radikalen Öko-Förderungen für eine zweite Amtszeit als Bürgermeisterin von Paris gewählt. Sie zog in den Wahlkampf mit dem Versprechen, Paris zu einer grüneren Stadt zu entwickeln, 70.000 Parkplätze sollen hierfür weggelassen und durch Grünflächen, Spielplätze sowie Rad- und Fußwege ersetzt werden.



Parkplatz hinter der AGB

Foto: ha

Wir wollen pro Jahr mindestens 2.000 Parkplätze umwandeln. Viele dieser Parkplätze sollen für die Fahrradinfrastruktur genutzt werden, ein noch größerer Teil soll aber aktiv entsiegelt werden, um Grünflächen und Raum für Bäume sowie Flora und Fauna zu schaffen. Dies soll vor allem dort geschehen, wo es zu wenig Grün in der Stadt gibt. Mit dem Konzept der Umweltgerechtigkeit liegen Daten vor,

die helfen, solche Kieze zu identifizieren.

## Schulhöfe entsiegeln, Entsiegelungspotentiale nutzen

Neben Parkplätzen soll der Blick auch auf Plätze gerichtet werden, deren Aufenthaltsqualität zu wün-

schen übrig lässt. In partizipativen Prozessen sollen, gemeinsam mit den Bürger\*innen, Plätze und Flächen identifiziert werden, die ergrünen sollen.

Ein weiterer Ansatzpunkt für Entsiegelung sind Schulhöfe. Im Rahmen des groß angelegten Schulneubau- und Sanierungsprogramms soll verstärkt darauf geachtet werden, dass, wo immer es geht, entsiegelt wird und Beton aufgebrochen wird. Ein

versiegelter grauer Schulhof ist nicht zeitgemäß. Dort sollen Schulgärten, Bienenweiden... entstehen.

Neben der Veränderung von Verkehrsinfrastruktur soll der Blick auch auf bereits identifizierte Flächen zur Entsiegelung gerichtet werden. Im Berliner Entsiegelungskataster sind bereits jetzt 255 Flächen aufgelistet, die entsiegelt werden können. Hierbei ist aber darauf zu achten, dass sich auf diesen Flächen (oft Brachen) häufig ein eigenes Ökosystem gebildet hat und Brachen Rückzugsflächen der Biodiversität sind. Dies bedeutet, dass von diesen Flächen solche identifiziert werden müssen, bei denen eine Entsiegelung einen ökologischen Vorteil bringt. Ziel ist es, jährlich 10% dieser Flächen zu entsiegeln.

## Grün geht's weiter

Mit vielen Grünen Unterstützer\*innen habe ich einen Antrag zum Thema Entsiegeln/Umwidmen für unser Wahlprogramm 2021 eingebracht. Ich gehe davon aus, dass dieses Thema in unser Wahlprogramm einfließen wird. Ohne Frage wird der Gegenwind für dieses Vorhaben immens sein. Wir sollten uns aber ambitionierte Pläne vornehmen und sie im Wahljahr klar kommunizieren: Wir wollen die autofreie (Innen-) Stadt, wir wollen mehr öffentlichen Raum für das Stadtgrün, Bäume, Regenwassersickerung, Pocket-Parks, grüne Oasen mit Wasserbecken und Trink-, Spielbrunnen, Flora und Fauna und nicht zuletzt für die Fahrradinfrastruktur.

■ Dr. Turgut Altug, Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Grüne Oasen in Xhain

Natur ist sicherlich nicht das, wofür Friedrichshain-Kreuzberg berühmt ist. Xhain ist der am dichtesten besiedelt Bezirk Berlins, gerade deshalb sind Grüne Oasen zum Durchatmen überlebensnotwendig.

Grün- und Freiflächen, Bäume, Orte, an denen sich Tiere und Pflanzen entfalten können, bedeuten auch für uns Menschen Lebensqualität. Die Verdichtung und die damit einhergehenden Flächenkonkurrenzen erschweren den Naturschutz an vielen Stellen. Doch ohne verstärkte Anstrengungen und konkrete Maßnahmen gegen die Hitze in den Betonwüsten des Bezirks, gegen die schlechte Luft, gegen die zunehmend spürbaren Auswirkungen der Klimakrise wird es immer schwieriger, das Leben im Bezirk in den kommenden Jahrzehnten angenehm zu gestalten.

## Grünstudie

Ein ganzes Bündel an Potentialen und möglichen Maßnahmen zeigt unsere Grünstudie auf. Wir wollen einen lebenswerteren öffentlichen Raum schaffen, was insbesondere bedeutet, dass wir die Flächen gerechter verteilen müssen. Dies ist aus ökologischen, klimatischen und sozialen Gesichtspunkten dringend notwendig. Wo können wir in Zukunft noch an tropischen Hitzetagen Abkühlung finden, wo können wir ohne teure Beiträge zahlen zu müssen Sport machen oder ohne Räume zu mieten den Geburtstag der Tochter feiern. Für all das brauchen wir Grüne Oasen mit Wasser und keine Beton- und Blechwüsten. Dafür müssen wir radikal umdenken und umbauen: Weniger versiegelte Flächen, mehr und schönere grüne Oasen, mehr Bäume, frei zugängliche Orte am Wasser. Die Studie macht dazu ambitionierte Vor-

schläge für Veränderungen im Bezirk, von denen ich hier drei beispielhaft aufzählen möchte:

- Stadtplätze wie der Boxhagener Platz werden durch den Rückbau der umliegenden Straßen erweitert, begrünt und Versickerungsmöglichkeiten geschaffen. Dadurch entstehen Orte, die zum Verweilen einladen und für das Mikroklima im Kiez wertvoll sind.
- Die Straße Hallesches Ufer wird zurückgebaut und der motorisierte Verkehr wird komplett auf die Südseite des Landwehrkanals verlegt. Auf der Nordseite des Kanals entsteht eine grüne Promenade für Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen, zum Schlenkern und mit Zugang zum Wasser.
- Die Schaffung/Berücksichtigung neuer Grünflächen, auch auf Privatgeländen z.B. bei der Entwicklung des RAW Geländes.

Diese und weitere Vorschläge aus der Studie werden wir nicht alle sofort umsetzen können. Aber die Studie zeigt den Weg in ein klimagerechtes Xhain.

## Erste Klimastraße

Einen Beitrag zum urbanen Klimaschutz leistet die erste temporäre Klimastraße des Bezirks, die im Juli 2020 in der Danneckerstraße eröffnet wurde. Mit 20 Kübelpflanzen wurde der für den Auto- und Radverkehr gesperrte Straßenabschnitt begrünt. Bäume sind die besten Klimaschützer. Sie filtern die Luft, spenden Schatten und verbessern das Mikroklima. Wir

müssen den öffentlichen Raum künftig gerechter verteilen. Deswegen freue ich mich, dass hier eine Straße, die von parkenden Autos geprägt war, in einen grünen Freiraum für die Menschen umgewandelt wurde.

## Bäume gießen – aber richtig!

Zur Unterstützung der vielen Helfer\*innen hat das Bezirksamt dieses Jahr Gießsäcke und Eimer zum Ausleihen beschafft.

Straßenbäume sind wichtig für das Mikroklima, sie spenden Schatten und Windschutz und versorgen pro Baum im Durchschnitt zehn Menschen mit Sauerstoff. Die zunehmende Trockenheit setzt den Bäumen im Bezirk sehr zu. Das Bezirksamt bewässert im steigenden Umfang Straßenbäume und Bäume in den Grünanlagen. Angesichts der großen Trockenheit und des Klimawandels reicht dies jedoch nicht aus. Ich freue mich, dass so vielen Menschen im Bezirk die Straßenbäume so sehr am Herzen liegen und sie die Bäume im Kiez gießen. Zur Unterstützung der vielen Helfer\*innen hat das Bezirksamt (als einziger Bezirk) dieses Jahr 1.000 Gießsäcke und weiteres Gießequipment wie z.B. Standrohre den Bürger\*innen zum Ausleihen zur Verfügung gestellt.

Alle Informationen zur Bewässerung der Bäume finden sich in unserem Flyer, der in Zusammenarbeit mit dem BUND erstellt wurde. Angesichts der klimatischen Entwicklung ist leider von keiner Besserung der Lage auszugehen. Dauerhaft hilft den Bäumen nur ein klimagerechter Um-

bau der Infrastruktur mit dezentralem Regenwassermanagement.

## Inseln in der Rummelsburger Bucht

Am Eingang der Rummelsburger Bucht befinden sich mit den Inseln Kratzbruch und Liebesinsel zwei ganz besondere Flecken Stadtnatur in unserem dichtbesiedelten Bezirk. Sie stehen unter Naturschutz und dürfen nicht betreten werden. Sie sind ein wichtiger Rückzugsraum für Vögel und für die dort ansässige Biberfamilie. Zum besseren Schutz der Inseln werden daher in diesem und im nächsten Jahr im Auftrag des Bezirksamts Arbeiten zur Renaturierung der Ufer umgesetzt. Durch vorgelagerte Holzpfahlreihen entsteht ein Flachwasserbereich zur Röhrichtentwicklung und die Ufer werden von Wellenschlag geschützt.

## Paradiese für Bienen und Schmetterlinge

In Berlin sind rund 322 Wildbienenarten beheimatet. Als Kommune für Biologische Vielfalt setzen wir uns für mehr Lebensräume für bedrohte Arten ein. Es sind Wildbienenflächen im Wriezener Park und in der Baerwaldstraße entstanden. Auf dem kleinen Bunkerberg im Volkspark Friedrichshain wird außerdem ab Frühjahr 2021 ein Lebensraum für Wildbienen und andere Bestäuber mit Blühwiese, Totholzstapel und offenen Sandflächen angelegt. Im Rahmen des Projekts „Biene macht jetzt Schule“ unter-

stützt das Umwelt- und Naturschutzamt zudem Schulen dabei, auf ihren Schulhöfen Flächen bestäuberfreundlich umzugestalten. Beispielsweise an der Clara-Grunwald-Schule oder an der Ellen-Key-Schule finden Wildbienen und andere Insekten künftig dank Johannisbeersträuchern Nahrung.

## Fledermausjahr: Gefährdete Jäger der Nacht

In Berlin leben so viele Fledermausarten wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Auch im Bezirk lassen sich besonders in der warmen Jahreszeit bei genauerem Hinsehen viele der fliegenden Säugetiere in den Parks, am Wasser und in den Hinterhöfen entdecken. Durch Bildungsangebote und konkrete Maßnahmen weckt das Bezirksamt das Interesse für diese faszinierenden Tiere und verbessert ihre Lebensbedingungen.

Im Sommer fanden regelmäßig Fledermausführungen sowie ein Fledermaus-Aktionstag im Loksuppen statt. Intensiv mitgewirkt haben daran die beiden Stadtnatur-Ranger\*innen, die seit diesem Jahr im Bezirk aktiv sind. Sie informieren die Friedrichshain-Kreuzberger\*innen über Tiere und Pflanzen in ihrem Kiez.

Wir bringen zusätzliche Sommerquartiere an und bauen Winterquartiere aus. Ungestörte Übernachtungsplätze und ausreichend Nahrung sind für die gefährdeten Tiere essentiell.

■ Clara Herrmann, Bezirksstadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung

# Besserer Schutz vor Diskriminierung an Schulen und Kitas in Xhain

**Bildung ist ein Menschenrecht. Damit ist eigentlich alles gesagt. Damit ist auch gesagt, dass Bildung positiv auf die Entfaltung der Persönlichkeit und der Selbstwirksamkeit der Schüler\*innen hinwirkt. Und: dass Bildungschancen allen Schüler\*innen gleichermaßen und auf eine gerechte Art und Weise zugänglich sein müssen – idealerweise.**

Leider weicht die Realität von der Idealvorstellung von einer diskriminierungsfreien und gerechten Bildung stark ab. Wir haben es nach wie vor mit sozialer Segregation und institutioneller Diskriminierung an Berliner Schulen zu tun. Das kann dazu beitragen, dass sich Kinder und Jugendliche nicht frei und selbstbestimmt entfalten können, ungerechten Lern- und Lehrbedingungen ausgesetzt werden und keinen gerechten Zugang zu Bildung und somit in Zukunft zu weiteren Lebensbereichen erhalten. Kinder, Jugendliche, aber auch Lehrkräfte und Eltern machen an Kitas und Schulen unangenehme, demotivierende und desillusionierende Erfahrungen wie Mobbing, Benachteiligung oder Ausschlüsse aufgrund von psychischen oder physischen Beeinträchtigungen oder aufgrund des Geldbeutels, ihres Namens, der (zugeschriebenen) Herkunft, „Hautfarbe“, Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder des (zugeschriebenen) Geschlechts. Außerdem reproduzieren Schulmaterialien und Schulbücher leider immer noch Rassistismus und Geschlechter-Stereotype.

Nicht selten sind Erzieher\*innen und Lehrer\*innen überfordert, auf Diskriminierungen im Kita- oder Schulalltag professionell und diskriminierungskritisch zu reagieren.

## Anlauf- und Fachstelle

Wir in der Grünen BVV-Fraktion haben uns dafür eingesetzt, dass wir in unserem Bezirk eine Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas haben. An diese Beschwerdestelle können sich Schüler\*innen, Eltern und Lehrer\*innen seit Mai 2020 niedrigschwellig über kurzen Weg wenden. Hier bekommen sie einen Schutzraum im Kiez, wo sie vertrauensvoll über ihre Erfahrungen sprechen können.

Die Antidiskriminierungsbeauftragte unseres Bezirkes vernetzt sich mit zahlreichen Schulen und Kitas und macht die Anlaufstelle unter den Schüler\*innen, ihren Eltern und dem pädagogischen Fachpersonal bekannt. Sie stößt vermehrt diversitätssensible Entwicklungen an Schulen und Ki-

tas an und begleitet diese Prozesse kontinuierlich. Darüber hinaus ist es ein zentrales Anliegen der Antidiskriminierungsbeauftragten, Personen zu beraten und zu begleiten, die an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg Diskriminierungserfahrungen machen müssen. Damit auf institutionelle Diskriminierung auch systematische Lösungen gefunden werden können, ist es sehr wichtig, dass die Anlaufstelle Meldungen von Diskriminierungsfällen (auch anonymisiert) entgegennimmt, diese systematisch dokumentiert und auf diesen Daten basierend passende Bildungsangebote für Schüler\*innen und Erzieher\*innen entwickelt und anbietet.

## Empowerment

Mit dem steigenden Bekanntheitsgrad der Antidiskriminierungsbeauftragten unseres Bezirkes nimmt auch rapide die Zahl der Schulen, Lehrer\*innen und Schüler\*innen in

Friedrichshain-Kreuzberg zu, die die Expertise, Fachberatung und sowie Empowerment- und Sensibilisierungsangebote dieser Stelle in Anspruch nehmen möchten. Diese Entwicklung begrüßen wir sehr, da es uns nur durch Aufklärung und kritische Auseinandersetzung mit (institutioneller) Diskriminierung gelingen kann, unser Bildungssystem inklusiver und gerechter zu gestalten.

Jedoch ist uns auch bewusst, dass die bisher mit einer Fachkraft ausgestattete Anlauf- und Fachstelle nicht ausreichend sein kann. In Anbetracht

der Fülle an Aufgabenfeldern und der Tatsache, dass es mehr als 100 Schulen und mehr als 230 Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg gibt, setzt sich derzeit die Grünen BVV-Fraktion mit ihrem Antrag (DS/1823/V) dafür ein, die Stelle finanziell und personell weiter auszubauen, damit wir in unserem Bezirk immer besser dem Anspruch des Abbaus von Diskriminierungen in Bildungseinrichtungen gerecht werden können.

■ Filiz Keküllüoğlu,  
Bezirksverordnete

## Kontakt zur bezirklichen Anlauf- und Fachstelle

### Olenka Bordo Benavides

RAA Berlin/Die Werkstatt – Familie, Schule und Jugendhilfe gemeinsam denken

Terminvereinbarung unter: +49 170 682 999

Adresse: Adalbertstr. 23B, D-10997 Berlin, 2. OG, R. 214

Mail-Adresse: [olenka.bordo-benavides@raa-berlin.de](mailto:olenka.bordo-benavides@raa-berlin.de)

# Waben fürs Gemeinwohl

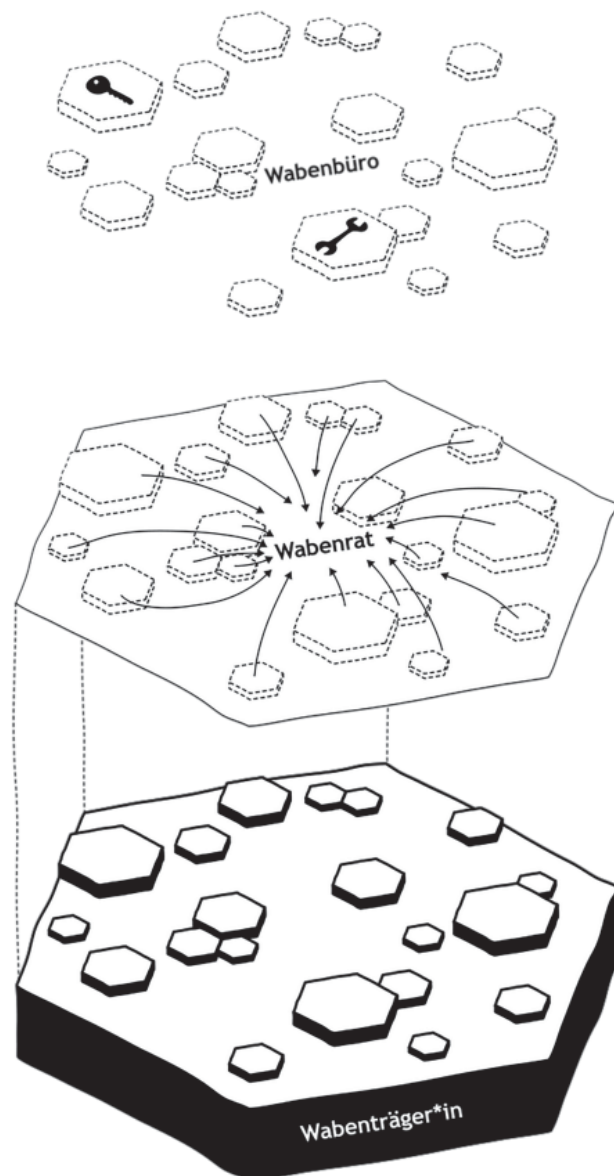
**Das Sanierungsgebiet Rathausblock Kreuzberg kennen inzwischen wohl viele. Dass es sich dabei um ein Modellprojekt in Sachen Beteiligung und Kooperation handelt, wissen vielleicht nur einige. Nur was ist unter Gemeinwohlwaben zu verstehen?**

Aber der Reihe nach: Bereits vor 10 Jahren haben sich die ersten stadtpolitischen Initiativen dafür eingesetzt, dass das Areal der ehemaligen Dragonerkaserne am Mehringdamm sozial und nachhaltig entwickelt wird und in Gemeinbesitz bleibt. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BImA sah keine Verwendung mehr dafür und wollte die Liegenschaft meistbietend auf den Markt werfen. In langem Kampf vieler Initiativen und Akteur\*innen gelang es tatsächlich, zwei Verkäufe an private Investor\*innen abzuwehren. Im Sommer 2019 konnte schließlich Berlin in das Grundbuch eingetragen werden. Fast zeitgleich wurde der Kooperationsvertrag Modellprojekt Rathausblock Kreuzberg unterzeichnet, zwischen vier kommunalen und zwei zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen: Senat, Bezirk, die beiden städtischen Gesellschaften Berliner Immobilienmanagement und Wohnungsbaugesellschaft Mitte sowie Forum Rathausblock und Vernetzungstreffen Rathausblock der zivilgesellschaftlichen Initiativen [VTR].

## Einmaliges innerstädtisches Entwicklungsvorhaben

Die Besonderheit liegt jedoch nicht allein in der Rückgewinnung des Areals für die Stadt, auch nicht nur in dem offenen kollaborativen Prozess, sondern außerdem in der Konstellation der Liegenschaften: Die ehemalige Kaserne liegt zusammenhängend mit den Grundstücken des Finanzamts Kreuzbergs [das Gebäude der ehemaligen Soldatenunterkünfte], des Rathauses an der Yorkstraße und einem kommunalen Grundstück an der Obentrautstraße, das für Geflüchtetenwohnen vorgesehen ist. Damit liegen im gut 9 Hektar großen Block 6,8 Hektar kommunaler Flächen, die nun im Verbund kommunal-zivilgesellschaftlich entwickelt werden.

Dieses einmalige innerstädtische Entwicklungsvorhaben ist also prädestiniert für eine zukunftsweisende Planung. Und hier kommen die Gemeinwohlwaben ins Spiel: Sie wurden ursprünglich als Kulturwaben, als offene Begegnungsorte vom



Waben Dragoner Struktur

Künstler Jens Ulrich vorgestellt, der in der Alten Reithalle auf dem Gelände sein Atelier hat. In einem zweiten Schritt wurden sie von einer Arbeitsgruppe aus zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in einer vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg geförderte Konzeptstudie zu den Gemeinwohlwaben weiterentwickelt. Diese wurden schließlich als Projekt in einer Kooperationsvereinbarung gesichert. Darin sind ihnen fünf bis zehn Prozent

der gesamten Bruttogeschossfläche auf dem sogenannten Dragonerareal vorbehalten - ein visionärer und innovativer Ansatz, der die üblichen Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge um gemeinwohlorientierte zivilgesellschaftliche Verantwortung ergänzt.

Das Wabenkonzept beschreibt eine organisatorisch und inhaltlich vernetzte Struktur von Räumen und Flächen mit einer gemeinwohlori-

entierten Nutzung im und um den Rathausblock. Die selbstverwaltete Struktur der Waben wird durch eine gemeinnützige Wabenträger\*in ökonomisch gesichert, um eine dauerhafte gemeinwohlorientierte Nutzung zu garantieren. Sie wird aus dem Kreis der bereits bestehenden Wabennutzungen im Rathausblock gebildet. In Aushandlung mit der Kommune, beispielsweise im Rahmen von besonders günstigen bis zinslosen Erbbaurechten, verwaltet die Wabenträger\*in Räume und Flächen, die auf der einen Seite Mieteinnahmen generieren und auf der anderen Seite zu einem geringen Betrag beziehungsweise zu Betriebskosten gemeinwohlorientierten Nutzungen überlassen werden. Im Rahmen der Aushandlung von Vergaben an Dritte wird sie als Partner\*in einbezogen um sicherzustellen, dass diese Dritten sich am Wabenkonzept beteiligen.

## Wabenträger\*in, Wabenrat, Primärwaben, Sekundärwaben

Die Vergabe und Programmierung der Waben wird durch den Wabenrat koordiniert, der sich aus allen Wabenakteur\*innen zusammensetzt. Durch einen permanenten Wechsel der Wabennutzungen und -gruppen wird eine stetige Neuordnung des Wabenrats gesichert. Die Wabenträger\*in und -flächen werden in einem noch zu bestimmenden Anteil zeitlich bzw. projektbezogen vergeben, was eine Vielfalt und einen Wechsel der Nutzungen erlaubt. Die Anteile werden über eine Quote durch Wabenträger\*in und Wabenrat festgelegt. Nicht zeitlich befristete Waben werden ausnahmsweise vordefiniert, um bestimmte Nutzungen wie beispielsweise eine offene Werkstatt oder einen Veranstaltungsraum langfristig zu etablieren. Die Überlassung erfolgt auf Grundlage des abgestimmten und in Vereinbarungen festgeschriebenen Konzepts. Wird dieses nicht mehr verfolgt, kommt es zum sogenannten Heimfall: die Wabenträger\*in und -flächen stehen dann einer neuen Nutzer\*innengruppe zur Verfügung. Die Einteilung in Primär- und Sekundärwaben ermöglicht eine

solidarische Programmierung aller Flächen, also auch privater. Während erstere wie beschrieben ausschließlich einer gemeinwohlorientierten Nutzung vorbehalten sind, öffnen sich letztere als Privatflächen dieser immerhin temporär.

## Solidarfonds, Wabenbüro, Ressourcenpool

Sämtliche Mieter\*innen auf dem Areal unterstützen die Wabenstruktur, indem sie einen Solidarzuschlag pro gemieteter Fläche zahlen und/ oder Expertise/ Zeit für ehrenamtliche/ gemeinwohlorientierte Tätigkeiten zur Verfügung stellen. Überschüssige Einnahme durch Miete/ Solidarbeiträge werden in einen revolvierenden Fonds eingespeist, den Solidarfonds für eine sozial gerechte kooperative Stadtentwicklung. Diese Mittel werden für die Weiterentwicklung der Nachbarschaft im Rathausblock und Umgebung eingesetzt: sie fördern gemeinwohlorientierte, soziale und kulturelle Nutzungen, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, gemeinschaftliche Aktivitäten und [Infra-]Strukturen wie beispielsweise eben jene Waben oder fördern vergleichbare quartiersbezogene Projekte [Multiplikation des Modells].

Die Wabennutzungen können auf einen gemeinsamen Pool von Material, Technik und Infrastruktur zugreifen, was Kosten reduziert und Ressourcen einspart. Dieser Ressourcenpool kann auch Nutzungen außerhalb der Wabenstruktur zur Verfügung gestellt werden. Das Wabenbüro koordiniert als Geschäftsstelle und Hausmeister\*in die Abläufe vor Ort und besorgt eine nachhaltige Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Räume: Organisation, Infrastruktur, Haustechnik.

Gemeinwohlwaben schaffen selbstverwaltete, demokratische, frei zugängliche und analoge Kultur- und Kommunikationsräume ohne Konsumzwang, die sich der Bodenverwertungslogik dauerhaft entziehen.

Vernetzungstreffen Rathausblock [VTR], [rathausblock.org](http://rathausblock.org)

■ Bertram Dudschus

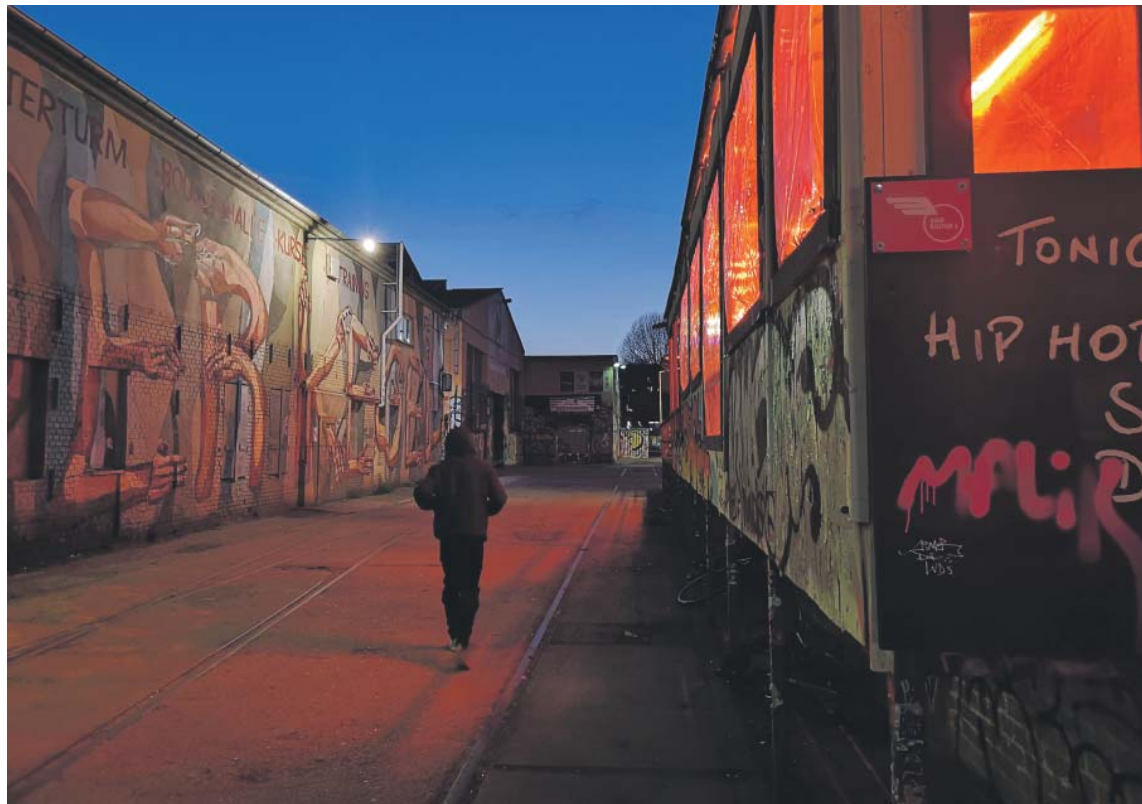
## Kultur im Lockdown 2 | Ein Kommentar

Wieder einmal hatte die Falle der Alternativlosigkeit unerbittlich zugeschnappt. Eine Partei hatte sich zur Hüterin von Freiheit und Grundrechten aufgeschwungen, die grundsätzlich für Ausgrenzung, Diskriminierung und Nationalismus steht und die eine erklärte Feindin der offenen Gesellschaft ist. Das war perfide und pervers zugleich: Pervertiert wurde die Idee der Freiheit, perfide aber war es, weil es jede kritische Nachfrage zu den getroffenen Maßnahmen verstummen ließ. Mit solchem "Volk" wollte keiner was zu tun haben. Und so haben wir uns gefügt.

Die Übertragungswege von Covid-19 sind auch uns Laien inzwischen sehr verständlich und plausibel erklärt worden. Mit Abstand und Maske und ausreichender Belüftung in Innenräumen werden die Aerosole abgeschirmt und von der eingeatmeten Luft ferngehalten. Damit lässt sich das Ansteckungsrisiko um über 95% senken. Genau nach diesen Regeln sind Kultureinrichtungen vorgegangen. Ein Theaterbesuch unter den strengen Auflagen der vergangenen Monate barg somit, wenn man den Einlassungen der Wissenschaft folgt, ein deutlich geringeres Risiko als jede U-Bahnfahrt oder ein Einkauf im Supermarkt. Man kann daraus schließen, dass es unter dem Deckmantel einer behaupteten Notwendigkeit im Lockdown light die Falschen getroffen hat.

### Der Mensch lebt nicht vom Geld allein

Es geht um sinnvolle und zweckmäßige Maßnahmen. Es wurde aber offensichtlich zunächst vor allem das geschlossen, was der Politik entbehrlich erscheint. Und dazu scheint die



RAW geschlossen

Foto: ha



Black Friday, November 2020

Foto: ha

Kultur entgegen aller Bekundungen weiterhin zu gehören. Das Schwungrad des privaten Konsums - einem der größten Klimakiller - sollte hingegen ungebremst weiterlaufen. Wichtig blieb einmal mehr, was sich im BIP messen lässt. Und so lösen sich auch die scheinbaren Widersprüche auf. Die Kriterien liegen klar auf der Hand. Morgens stellt die Fahrt zur Arbeit in der überfüllten U-Bahn ein tolerierbares Risiko dar, abends ist dieselbe Fahrt zu Freunden oder ins Konzert in der halb leeren U-Bahn nicht hinnehmbar. Alles klar?

Aber so funktioniert das nicht. Das Virus ist nicht bestechlich, es dient nicht dem Wohl des BIP. Wo man es

lässt, breitet es sich weiter aus. Warum zum Beispiel wird die Bahn nicht verpflichtet, Fahrkarten ausschließlich mit Reservierung zu verkaufen und entsprechend den Abstandsregeln Plätze nicht zu besetzen? Warum unterliegt der Flugverkehr keinerlei Beschränkungen? Da sitzen Menschen zum Teil über Stunden auf engstem Raum nebeneinander. Von Abständen, wie sie auch während der sogenannten Lockerungen im Kino galten, kann keine Rede sein.

### Lockdown light ist gescheitert

Deutlich geworden ist auch, dass die Verlagerung von Zusammenkünften heraus aus der Gastronomie mit ihren klaren und überprüfbaren Regeln hinein in den privaten Wohnbereich nicht zu einer Verringerung des Infektionsgeschehens geführt hat. Auch dort traf es damit vermutlich die Falschen. Dennoch wurden die Maßnahmen über den 30. November verlängert. Um hier nicht missverstanden zu werden: Bei konsequenten Einschränkungen für einen begrenzten Zeitraum, die alle betreffen und eine spürbare Reduktion der Fallzahlen erreichen, wie sie jetzt Mitte Dezember beschlossen wurden, ist die Kultur sofort mit dabei! Was wir hingegen erleben mussten, waren halbherzige Maßnahmen, die vor allem das soziale und kulturelle Leben beschnitten. Ganz abgesehen von den psychosozialen Folgen, der Vereinsamung, den Depressionen und Schlimmerem. Und dafür wird niemand\* die Verantwortung übernehmen.

Mittlerweile ist klar: Lockdown light ist gescheitert. Und mit ihm der Versuch, die ökonomischen Interessen auch in dieser Pandemie über das Wohl der Menschen zu stellen.

Darum geht es.

■ Henry Arnold



### Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

#### Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)  
Laura Eckl  
Werner Heck (wh)  
Anja Mallmann  
Claudia Schulte  
Rike Suckert (rs)

#### Freie Mitarbeiter\*innen:

Rebecca Eilfort  
Christian Könneke (ck)  
Olja Koterewa

#### Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

#### Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

#### Layout & Satz: Jörn Jaath

Auflage: 3.000

#### Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck

#### Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen  
Kreisverband  
Friedrichshain-Kreuzberg  
Dresdner Straße 10  
10999 Berlin  
Fon: +49 30 614 31 46  
Fax: +49 30 614 31 42  
info@gruene-xhain.de  
www.gruene-xhain.de

## Schwung fürs bedingungslose Grundeinkommen

**Die Idee eines Grundeinkommens gehört zu den großen Utopien unserer Zeit. Die Pandemie hat die Debatte belebt. Wir Grüne schlagen in unserem neuen Grundsatzprogramm vor, mit einer Garantiesicherung das Elend von Hartz IV zu überwinden und uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens zu orientieren.**

Wenn wir das umsetzen können, wird es spannend. Unser Modell ist gewiss nur ein Einstieg, aber dennoch ein großer Schritt, weil die Richtung stimmt. Wir brauchen ein neues Sicherheitsversprechen, das verlässlich ist und mehr sozialen Ausgleich schafft, selbst wenn es vorerst nur für Erwerbslose und arme Menschen wirksam werden sollte.

Ein Grundeinkommen schafft nicht allein mehr existenzielle Sicherheit. Um dieses „Mehr“ zu erkunden hat Adrienne Goehler - Gründungsmitglied der Grünen und ehemalige Senatorin für Kultur, Wissenschaft und Forschung - ein beeindruckendes Buch vorgelegt, in dem sie anhand von Expert\*innengesprächen ein auskömmliches Einkommen für alle als die notwendige Voraussetzung für nachhaltige Wirtschaftsformen und entschleunigte Lebensweisen beschreibt. Ihr Credo: Die ökologische Transformation wird nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit gelingen!

Mit diesem Perspektivwechsel verknüpft sie zwei Diskurse, die bisher viel zu wenig Berührung miteinander hatten. Der ungewöhnliche Titel ihres Werks bringt es auf den Punkt: „Nachhaltigkeit braucht Entschleunigung braucht Grundein/auskommen ermöglicht Entschleunigung ermöglicht Nachhaltigkeit.“ Ein „Grundauskommen“, weil es neben dem Geld vor allem auch um den Abbau von Ängsten, verträgliche Lebensweisen und letztlich die persönliche Zufriedenheit geht. Wer sich um sein Auskommen sorgen muss, dessen Zeit und Energie kann leicht zerfasern.

Welche alternativen Anerkennungs- und Beteiligungschancen kann eine Gesellschaft ihren Bewohner\*innen bieten, wenn traditionelle Erwerbsarbeit knapper oder unzumutbar schlecht bezahlt wird, zumal sehr viele notwendige Arbeiten bis heute gänzlich unbezahlt bleiben?

Die Pandemie hat zu der neuen Aktualität der Grundeinkommensidee beigetragen. Sowohl die verschiedenen Existenzängste nicht allein der Selbständigen, sondern auch die unerwarteten Irritationen des alltäglichen Lebens mit Covid19 haben vielen Menschen deutlich gemacht, welche Risiken uns begleiten, auf welchen Stress und welche Routinen wir in unseren Hamsterrädern gut und gerne verzichten können, aber auch wie schnell es zu Abstürzen kommen kann.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen sei nicht finanzierbar, heißt es. Werden die Menschen dann auf der faulen Haut liegen? Das finnische Experiment in den Jahren 2017/18 hatte allerdings zum Ergebnis, dass die Personen mit Grundeinkommen sogar mehr arbeiteten als vorher. In Spanien wurde es 2019 sofort mit der Pandemie für ärmere Familien eingeführt. Die bisher sehr begrenzten Erfahrungen - wie etwa aus dem Berliner Modellversuch - liefern keine seriösen Prognosen, wie eine ganze Gesellschaft darauf reagiert. In bundesweiten Umfragen befürworteten zwischen 52 und 62% der Deutschen ein Grundeinkommen, also auch sehr viele Erwerbstätige, die gewiss auch die Unsicherheiten im Hinblick auf die

Folgen der Digitalisierung (Arbeit 4.0) vor Augen haben.

Heute kommen wieder verschüttete, existenzielle Fragen auf, die der Soziologe Hartmut Rosa in Goehlers Buch ganz schlicht stellt: „Wie treten wir zueinander in Beziehung? Aber auch: Wie treten wir zu uns selbst in Beziehung? Und was für ein Verhältnis haben wir zur Welt und den Dingen in ihr?“ Eine existenzielle Grundsicherung „befriedet unser In-der-Welt-Sein, so dass es überhaupt wieder möglich ist, in Resonanz zu kommen - mit uns selbst, mit der Welt, mit der Natur“ (Rosa). Heute haben wir es aber mit wachsender sozialer Ungleichheit und Armutsrisiken zu tun, die auch Ressentiments und Hass befeuern und denen wir mit politischen Ideen entgegen treten wollen.

Die Grundeinkommensidee wird sich gewiss nur schrittweise realisieren lassen: für bestimmte Personengruppen oder lokale Kontexte. Aber sie ist längst auch zu einer internationalen Herausforderung geworden. Die UN-Entwicklungsbehörde UNDP fordert mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, Armut in all ihren Formen und überall zu beenden und will ein Grundeinkommen für die ärmsten Menschen auf der Welt einführen - zeitlich begrenzt, aber ab sofort. Der UN-Chef António Guterres schlägt einen Schuldenstillstand für die Entwicklungs- und Schwellenländer vor. Fast drei Billionen Euro müssen diese gegenwärtig pro Jahr aufbringen, um Schulden zu tilgen. Eine Summe, mit der Millionen Grundeinkommen über Jahre finanziert werden könnten.

Tatsächlich gab und gibt es in mehreren Ländern längst Pilotprojekte mit einem Grundeinkommen, wie etwa in Namibia. Bereits 2008 und 2009 wurden in Otjivero-Omitara Erfahrungen mit einem Grundeinkommen gesammelt, die zeigen, dass vor allem Frauen ihren Alltag grundlegend verändern konnten. Waren sie bisher darauf angewiesen, Mikrokredite bei ausbeuterischen Unternehmern aufzunehmen, gelang es ihnen mit dem Grundeinkommen, ihre gemeinsamen Unternehmungen zu festigen. Neue Tätigkeitsfelder von der Tagesmutter bis zur Schneiderin entstanden, die Frauen sorgten als erste dafür, dass ihre Kinder in die Schule gingen. Danach begannen sie, kleine Garküchen, Lebensmitteläden oder eine Schokoladenmanufaktur aufzubauen. Und sie kauften gemeinsam mehr Tiere, weil damit auch die Anzahl der Jungtiere steigt. Wo Frauen die Kontrolle über das Geld hatten, ging es mit der Wirtschaft aufwärts. Man sieht an diesem Beispiel einmal mehr, dass es beim Grundauskommen gar nicht allein um das Grundeinkommen geht!

Adrienne Goehlers Buch ist eine glückliche Fundgrube für Engagierte, die wissen möchten, wie sich die Arbeit und das Leben in sehr verschiedenen Kontexten durch ein Grundein/auskommen ändern könnten. Denn: Alle Versuche zu einem Grundeinkommen sind bisher Experimente, aber sie können als Vorschein auf eine realistische Utopie gelten.

■ Wolfgang Lenk,  
Bezirksverordneter

## Rund ums Bezirksparlament

### Bezirksparlament wird digital

Mit Beginn der Corona-Krise änderten sich auch die Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung. Im BVV-Saal im Rathaus war es zu eng und so wurden an verschiedenen Orten im Paringverfahren mit auf die Hälfte reduzierten Fraktionen und Gruppen getagt. Ausschusssitzungen konnten als Videokonferenzen durchgeführt werden, aber für die Sitzung der BVV war die Rechtslage nicht eindeutig. Dies hat sich nun geändert. Bei einer Open-Air-BVV am 25. November auf dem Lohmühlensportplatz, seit Februar die erste mit allen gewählten Bezirksverordneten, wurde eine neue "Geschäftsordnung für Notlagen" (DS/0001-06/V) mehrheitlich beschlossen. Die neue Regelung, die von einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden musste, gilt jeweils für drei Monate und muss dann erneuert werden, bzw. tritt außer Kraft, wenn die Notlage vorbei ist. Die Sitzungen können nun rein digital oder in Form einer Hybridsitzung stattfinden. Um allen Verordneten eine Teilnahme an der BVV zu ermöglichen, kann in einer Hybridsitzung ein Teil im BVV-Saal im Rathaus Kreuzberg tagen und wer aus gesundheitlichen oder familiären Gründen nicht vor Ort sein kann, nimmt im Rahmen einer Videokonferenz teil. Für interessierte Bürger\*innen wird die Teilnahme über einen Videostream ermöglicht. Durch die neue Geschäftsordnung können auch endlich wieder Verordnete\* an den Sitzungen teilnehmen, die als Risikogruppe seit April quasi ausgeschlossen waren.

Auf einem Youtube-Kanal könnt ihr Euch die kommenden Sitzungen, aber auch die seit Juni stattgefundenen anschauen: <https://gruenlink.de/1tv4>

### Stele auf dem Oranienplatz

In der Nacht vom 26. September stand sie auf einmal am Oranienplatz: die Gedenkstele für die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt. Unbekannte Aktivist\*innen hatten sie installiert.

Das Anliegen und die Initiative von #woistunserdenkmal wird grundsätzlich vom Bezirksparlament begrüßt, allerdings braucht die dauerhafte Errichtung eines Gedenkortes grundsätzlich eine tiefere demokratische Legitimation durch einen öffentlichen Diskurs unter Einbezug der Zivilgesellschaft. Bis zur Aushandlung dieser, auch mit der Gedenktafelkommission und der Kommission Kunst im öffentlichen Raum, soll die Stele erhalten und gepflegt werden. Auch ob die Stele dort bleiben kann oder noch mal versetzt wird, wird verhandelt. Der Antrag (DS/1825/V) wird derzeit in mehreren Ausschüssen beraten.

### Fahrradbügel für Xhainer\*innen

Seit Juni tauchen im Bezirk immer mehr Fahrradbügel auf. Diese gehen auf einen Antrag der Grünen zurück, jeden 10. Autoparkplatz zu einem Fahrradparkplatz zu machen (DS/0566/V).

In einer erfolgreichen Kooperation des Bezirksamts Xhain und dem Planungsbüro Fix my Berlin konnten Bürger\*innen ihre Bedarfe melden. Über 1200 Rückmeldungen ergaben u. a. die Schwerpunkte Kottbusser Tor, das Finanzamt am Mehringdamm, aber auch den Boxhagener Platz oder den S-Bahnhof Frankfurter Allee.

Die neuen Stellplätze, die auch vermehrt vor Schulen und Sportplätzen installiert wurden, sind ein voller Erfolg. Bis Ende des Jahres sollen es insgesamt 2000 werden.

(rs)

# Kiezkneipe „Dudenschänke“ bleibt Begegnungsort

Wer die Dudenstraße häufiger durchquert, hat womöglich schon bemerkt, dass hinter den Fenstern der ehemaligen Eckkneipe „Dudenschänke“ am Eingang der Eylauerstraße seit Anfang Januar 2020 wieder regelmäßig die Lichter brennen.

Seit Beginn 2020 haben sich hier wieder die Türen geöffnet, um einen Begegnungs- und Erlebnisraum für die Nachbarschaften der drei angrenzenden Kieze und darüber hinaus gemeinschaftlich entstehen zu lassen. Das traditionelle Gewand der Eckkneipe wurde dabei nur schonend für die Bedürfnisse eines Vernetzungs- und Mitmachortes verändert und blieb damit größtenteils erhalten. Ein Ziel lautet, das schnelle und plötzliche Verschwinden einer weiteren Eckkneipe nicht ungehindert zuzulassen, sondern stattdessen an die langjährige Tradition eines sozialen Begegnungsortes anzuknüpfen.

Unter dem neuen Namen „Lokallabor Dudenschänke“ („LoLaDu“) wird nun durch nachbarschaftlichen Austausch und soziales Engagement ein weiterer Grundstein für eine resiliente Nachbarschaft gelegt und „Stadt zum mitgestalten“ für eine breite Zielgruppe erlebbar gemacht. In dem Entwicklungsprozess des Lokallabors ist ein unkommerzieller, multifunktionaler Quartiersort für nachbarschaftliche Begegnung, Initiativen und Veranstaltungen gewachsen, der sich stets weiter verändert. Dort können demokratische Aushandlungsprozesse gefördert und soziales bürgerschaftliches Engagement aktiviert und sichtbar werden. Es werden Initiativen und Veranstaltungsformate mit dem Ziel kreiert, sich weiter zu entwickeln und zu verstetigen. Mit seiner „Grenzlage“ zwischen den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Tempelhof-Schöneberg schafft es das Projekt, mehrere Quartiere miteinander zu verbinden.

### 2020 - ein herausforderndes Startjahr

Trotz zahlreicher Hürden, die das Jahr 2020 durch die Pandemie gerade für ein so junges Projekt mit sich gebracht hat, fand das Vorhaben viel Anklang. Die Zahl der Mitmacher\*innen ist dabei über das Jahr ständig gewachsen und die Mitstreiter\*innen kommen aus unterschiedlichen Hintergründen. Zahlreiche Ideen und Visionen machen das „Lokallabor Dudenschänke“ zu einem bunten und offenen Ort. Im Rahmen der



Innensicht und Plenum Zukunftswerkstatt

Foto: wh

mehrfach wöchentlich stattfindenden Öffnungszeiten steht die Tür allen Interessierten offen, um etwa einen Blick hineinzuworfen, bei einem Kaffee oder Tee ins Gespräch zu kommen und um eigene Ideen einzubringen oder Bekannte wieder zu treffen. Es haben sich bereits zahlreiche Initiativen gefunden, organisiert und Veranstaltungen umgesetzt. Zum Beispiel gestalten Garten-Interessierte den Vorplatz der Dudenschänke und das selbst gestartete Format des „Eltern-Kind-Treffs“ lädt alle Eltern mit ihren Kindern regelmäßig zu spielen und austauschen ein. Darüber hinaus haben sich weitere Veranstaltungsformate etabliert: Die Kiez-Kantine, bei der Nachbar\*innen für Nachbar\*innen kochen & gemeinsam essen, Spieleabende, eine regelmäßige Kiez-Jamsession und vieles mehr.

Der mehrtägige Workshop Kiez Zukunftswerkstatt hat als Ideenschmiede zahlreiche kreative Werkzeuge zur Bewältigung alltäglicher Herausforderungen im Kiez entwickelt. Ein Ergebnis ist die Reparatur-Werkstatt, die zuletzt immer freitags stattfand. Dabei treffen sich alle, die etwas reparieren

wollen und dabei Wissen und die nötigen Hilfsmittel untereinander vor Ort austauschen wollen.

### Ideen aus dem Kiez für den Kiez

Auch in der Krise der Covid-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass das soziale Netzwerk „LoLaDu“ die eine oder andere Unterstützung und Erleichterung darstellen konnte. So hat sich ein Schenkefenster zum Tausch von gebrauchten Dingen etabliert. Es gab Fensterkonzerte und Hinterhofmarchenstunden und z.B. ein Fotohooting, um die Zeit der physischen Distanz aktiv gemeinschaftlich zu gestalten.

Damit die Fortführung des erfolgreich gestarteten Experiments „Lokallabor Dudenschänke“ auch im kommenden Jahr möglich ist, bietet das Projekt verschiedene Unterstützungs- und Mitmachmöglichkeiten, um diese Durststrecke der nachbarschaftlichen Begegnung zu überstehen. Die Leser\*innen sind herzlich eingeladen, bei einem Spaziergang vorbei zu kom-

men, um Einblicke und Informationen in den Schaufenstern der ehemaligen Eckkneipe zu erhalten und natürlich bei einer der Öffnungszeiten nach dem Lockdown einzutreten.

Außerdem sammelt der hinter dem Projekt stehende Verein Lokallabor e.V. in einer Kampagne Gelder für die Absicherung der Grundkosten für die Räumlichkeiten in den ersten Monaten 2021, bevor das LoLaDu dann hoffentlich eine Förderung erhält.

Finanzielle Unterstützung über die Spendenkampagne: <https://www.betterplace.me/lokallabor>

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeit auf der Website: <http://lokallabor.de/>

Informationen über das aktuelle Programm, wenn es wieder los geht, bietet der analoge Veranstaltungskalender in den Schaufenstern des Lokallabors in der Dudenstraße 76. Wir freuen uns über jeden Besuch!

Theresia Schmidt,  
Lokallabor Dudenschänke

## Mehr städtischer Wohnraum am Halleschen Ufer

Mehrere Jahre wurde über die Zukunft des Areals rund um das alte Postcheckamt am Halleschen Ufer gestritten. Als Ergebnis von zahlreichen Verhandlungen konnte der Bezirk erreichen, dass die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo mehr Flächen für preiswerten Wohnraum erhält. Jetzt wurde die letzte Hürde im Bebauungsplanverfahren genommen.

Seit langem wurde um die geplante neue Bebauung am Halleschen Ufer gerungen. Der grüne Baustadtrat Florian Schmidt setzte sich mit Rücken- deckung der grünen Fraktion dafür ein, dass die Pläne von Christoph Gröner und seiner damaligen CG Gruppe überarbeitet werden mussten. Nach mehreren Gesprächsrunden zwischen Bezirksamt, Senat und Investor konnte Anfang 2019 dann ein Ergebnis erzielt werden. In der Folge übernimmt die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo den kompletten Bereich an der Nordseite des Postscheckgeländes. Entstehen sollen dort rund 320 Wohnungen. Den Großteil hiervon wird zu Mietpreisen um die 6,50 Euro pro Quadratmeter angeboten, die restlichen zu Kosten bis maximal zehn Euro. So wurde eine Verdoppelung des preisgünstigen Wohnungsneubaus im Vergleich zu den Plänen des Investors zuvor erreicht.

### Perspektiven

Die Südseite des Geländes wird nach dem Ausstieg der CG Gruppe



Postscheckamt, mit Radstreifen im Vordergrund

Foto: ha

durch die private Art-Invest Real Estate Gruppe bebaut. Hier ist hauptsächlich eine gewerbliche Nutzung vorgesehen. Das gilt auch für die zukünftige Nutzung des bestehenden Hochhauses. Das ursprünglich

von der CG Gruppe geplante hochpreisige Luxuswohnen auf Zeit im Bestandhochhaus gegenüber des U-Bahnhofs Möckernbrücke konnte verhindert werden. Diese Planung gilt am Bedarf im Kiez vorbei und

wurde von grüner Seite scharf kritisiert. Das Hochhaus bleibt nun was es war und wird auch zukünftig für Büros genutzt.

Ende November hat der Stadtentwicklungsausschuss des Bezirksparlaments die sogenannte Planungsreife des Bebauungsplans festgestellt. Das heißt, dass nun der seit mehreren Jahren erstellte Bebauungsplan Grundlage für Bauanträge sein kann. Damit ist das Verfahren aber noch nicht abgeschlossen. Denn gerade in Sachen Umwelt- und Naturschutz sind offene Fragen im weiteren Verlauf noch zu klären. So ist z.B. im städtebaulichen Vertrag zum Areal die Verpflichtung festgeschrieben, dass vor Baubeginn sowie vor Abrissmaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen am Hochhaus erneut das Gebäude von Gutachtern auf das Vorhandensein von Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vögeln und Fledermäusen untersucht werden muss. Grüne Forderung ist, dass Ersatz für die bestehenden Habitate geschaffen wird.

Julian Schwarze,  
Bezirksverordneter



# Liebe ohne Grenzen

Seit 10 Jahren betreut QueerTausch bei AFS queere Jugendliche auf ihrem Weg durch die Welt. AFS Interkulturelle Begegnungen e. V.

„American Field Service“ (AFS): Was sich auf den ersten Blick sehr martialisch anhört, begann mit friedlichen Absichten: 1915 wurde der AFS in Paris von jungen Amerikanern gegründet, die sich in beiden Weltkriegen als freiwillige Sanitätsfahrer betätigten. Ihr Antrieb war der Wunsch nach Völkerverständigung und Weltfrieden. Aus der Initiative entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte ein international vernetztes Austauschprogramm, das mittlerweile Menschen aus über 60 Ländern miteinander verbindet. Mehr als 450.000 Menschen nahmen bislang weltweit an AFS-Programmen teil – Tendenz steigend.

## QueerTausch bei AFS

Neben den gängigen Austauschprogrammen für Schüler\*innen und Jugendliche ist es dort auch möglich, sich etwa im „Weltwärts“-Programm als Freiwillige\* in sozialen oder ökologischen Projekten zu engagieren. Ziel ist es dabei, den Teilnehmenden interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln und ihr Verständnis für globale Zusammenhänge zu vertiefen. Viele Teilnehmer\*innen an einem der

Austauschprogramme betätigen sich nach ihrem Aufenthalt auch ehrenamtlich für AFS.

Im Jahr 2010 entschlossen sich mehrere deutsche AFSler\*innen, die Interessengemeinschaft (IG) QueerTausch zu gründen. Die IG dient vor allem als Ansprechpartnerin für Menschen innerhalb von AFS, die sich mit sexueller Vielfalt auseinandersetzen. Man will Programmteilnehmer\*innen über queere Themen aufklären und sie für den Umgang mit LGBTIQ-Menschen sensibilisieren. Die Gruppe hilft interessierten Jugendlichen, indem sie Workshops durchführt oder queere AFS-Teilnehmer\*innen vor, während und nach ihrem Gastaufenthalt betreut. Der zwischenmenschliche Austausch spielt hier natürlich eine große Rolle: „Wenn man Menschen mit Witz und Charme an Themen ranbringt, hilft man auch mehr Menschen“, betont Ole. Ein zweites Ziel der Gruppe ist es, die eigenen Aktivitäten nach außen sichtbar zu machen. Für Florian war etwa die „You're save with me“-Kampagne etwas Besonderes. Nachdem hunderte AFS-Teilnehmer\*innen in den sozialen Medien mit Regenbogen-



QueerTausch bei der Arbeit

Foto: Christopher Peter

schildern signalisierten, dass AFS auch für queere Menschen ein sicherer Hafen ist, schlossen sich spontan mehrere Länder der Initiative an. Doch noch ein anderes wichtiges Ziel verfolgt der QueerTausch: Vorurteile abbauen! „Ich hatte vorher etwas gegen Schwule, aber Ihr seid total cool!“. Reaktionen wie diese hat

Vanessa schon oft gehört und motivieren sie in ihrem Engagement.

## „Wir machen die Welt bunter!“

Nicht nur mit Workshops und Kampagnen, auch durch die Aufnahme und Betreuung Jugendlicher aus allen Teilen

der Welt engagiert sich die Gruppe für AFS. Andrea und Shuggi haben bereits 9 Gastjugendliche bei sich aufgenommen und sind nach wie vor Feuer und Flamme. „Der AFS schult ungemein für die Vielfalt der Welt“, findet Shuggi, die es wissen muss. Aber nicht jeder Aufenthalt verläuft harmonisch: „Wenn die Chemie nicht stimmt, stimmt sie eben nicht“, weiß Andrea. Etwa ein Drittel der Teilnehmer\*innen wechselt während ihres Aufenthaltes die Gastfamilie. Andere Teilnehmer\*innen erleben dagegen eine angenehme Zeit, haben sich etwa geoutet oder Freunde gefunden, reagieren am Ende ihres Programmes aber verängstigt auf die Rückkehr in ihr Herkunftsland: „Jetzt muss ich wieder in meinen Schrank zurück!“. Auch hier ist der QueerTausch gefragt, der sich nicht zuletzt zum Ziel setzt, Ängste abzubauen und das Vertrauen in die eigene sexuelle Identität zu festigen. Insgesamt überwiegen aber die positiven Erfahrungen: „Wir machen die Welt bunter!“, meint Shuggi und lacht.

Infos und Kontakt:  
[www.queertausch.de](http://www.queertausch.de)

■ Christopher Peter

## Viel mehr als Bücher

Mit gut 550.000 Besucher\*innen im Jahr 2019 sind die Bibliotheken in Friedrichshain-Kreuzberg die meistbesuchten bezirklichen Kultureinrichtungen. Bibliotheken dienen längst nicht mehr nur dazu, die Menschen mit neuem Lesestoff zu versorgen.

Sie sind ein öffentlicher Kultur- und Lernort, an dem Besucher\*innen sich ohne Konsumzwang aufhalten können, an dem Schüler\*innen zusammen ihre Hausaufgaben machen, an dem Menschen zusammenkommen, diskutieren, ihr Wissen austauschen.

Die Bibliothek als Aufenthaltsort war dieses Jahr vor besondere Herausforderungen gestellt. Zwischen Mitte März und Mitte Mai mussten die Bibliotheken in Friedrichshain-Kreuzberg zur Pandemieeindämmung komplett geschlossen bleiben, seitdem ist der Aufenthalt dort nur sehr eingeschränkt möglich, die meisten Veranstaltungen vor Ort können nicht stattfinden. Umso mehr freute ich mich über das digitale Angebot, welches binnen kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde, wie zum Beispiel Vorlesevideos.



Bibobike

Foto: Clara Herrmann

## Einzigartig: Das BiboBike

Eine neue Attraktion der bezirklichen Bibliotheken ist seit diesem Jahr das BiboBike: Ein Bibliotheksfahrrad mit Anhänger, der sich im Handumdrehen in eine Leseinsel mit Medienregal und Hängematten verwandeln lässt. Ausgestattet mit einer bunten Mischung an Medien und Spielen ist das BiboBike freitags und samstags in den Grünflächen des Bezirks unterwegs, abwechselnd in Friedrichshain und in Kreuzberg. Ausleihen könnt ihr die Dinge nicht, aber dafür auch ohne Ausweis vor Ort kostenfrei lesen, spielen und verweilen. So bringen wir die Bibliothek zu euch in die Kieze, rundum nachhaltig per Fahrrad! Und zu besonderen Anlässen, wie zum Beispiel das Fledermausfest des Bezirksamts im Loksuppen Anfang August, wird das BiboBike mit Medien und Batman-Comics bestückt. Wo es auch auftaucht, sind die Leute begeistert.

## Nachhaltig: Die Bibliothek der Dinge

Ob Wikingerschach, Jonglierbälle oder Gitarre – all diese Dinge finden

sich in der „Bibliothek der Dinge“. Gerade bei Dingen, die nicht so häufig benötigt werden oder die zunächst nur ausprobiert werden sollen, ist es ressourcensparend und nachhaltig, wenn nicht jede\*r sie selbst kauft. Teilen statt besitzen – damit ist die „Bibliothek der Dinge“ ein wichtiger Baustein der bezirklichen Zero Waste-Strategie.

Die bisherige Bilanz 2020 kann sich sehen lassen: Bis Anfang Oktober wurden 1370 Dinge 6282 Mal ausgeliehen. Und das, obwohl die Bibliotheken von Mitte März bis Mitte Mai geschlossen waren.

## Zugänglich: Samstagsöffnung

Mit der Pablo-Neruda-Bibliothek an der Frankfurter Allee und der Wilhelm-Liebkecht-/Namik-Kemal-Bibliothek in der Adalbertstraße sind zwei Bibliotheken in Friedrichshain-Kreuzberg auch samstags geöffnet. Möglich wurde dies durch einen deutlichen Stellenzuwachs im Bibliotheksbereich. Mit der Samstagsöffnung werden die Bibliotheken ihrem Anspruch noch besser gerecht, als öffentlicher Ort für ihren jeweiligen Kiez zu dienen.

Aktuell, Ende November 2020, ist der WerkRaum in der Pablo-Neruda Bibliothek leider nicht nutzbar, aber sonst ist er ein toller Ort für den Kiez, um sich zu treffen, zum Ausprobieren und Austauschen.

## Für den Kiez: Der WerkRaum

In den offenen WerkRaum-Stunden sind alle Interessierten eingeladen, sich mit Virtual-Reality-Brillen vertraut zu machen oder erste Kontakte mit kleinen Robotern zu knüpfen. In der Veranstaltungsreihe „Kiez und Kuchen“, die normalerweise immer am ersten Samstag im Monat stattfindet, stellen sich Projekte aus der Nachbarschaft vor und laden zur Vernetzung ein. Bisherige Themenschwerpunkte waren zum Beispiel „Teilen“ mit Gästen von foodsharing oder „Kiezgeschichte“ mit dem Jugend[widerstands]museum. Nach Anmeldung können auch Gruppen aus dem Kiez den Raum nutzen. Weil Bibliotheken eben viel mehr sind als der Ort, an dem Bücher ausgeliehen werden.

■ Clara Herrmann,  
Bezirksstadträtin für Finanzen,  
Umwelt, Kultur und Weiterbildung

## Ein Familienfördergesetz für Berlin

Unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus hat einen Grünen Entwurf für das Familienfördergesetz verabschiedet. Damit sind wir einem wichtigen familienpolitischen Ziel nähergekommen: noch in dieser Legislatur ein Familienfördergesetz für Berlin und damit eine Grundlage zur Stärkung von allen Berliner Familien zu schaffen.

In Friedrichshain-Kreuzberg liegt seit vielen Jahren ein Schwerpunkt auf Familienförderung und -unterstützung. Dafür gibt der Bezirk pro minderjähriger/m Einwohner\*in 116 Euro jährlich aus (es folgt Lichtenberg mit 41 Euro). Als Jugendstadträtin und Bezirksbürgermeisterin hat Monika Herrmann daran maßgeblichen Anteil. Mit ihren Visionen, dem Aufbau von Netzwerken, einem verantwortlichen Miteinander aller Verwaltungsstellen sowie großer Offenheit für Interdisziplinarität setzt sie sich seit vielen Jahren für Familien im Bezirk ein. So hat sich ein stabiles und vielfältiges Angebot für Familien im Bezirk etabliert.

Doch nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg, sondern in jedem Berliner Bezirk soll es flächendeckende Angebote geben. Lange schien die Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Familie dieses Vorhaben nicht voranzutreiben. Darum haben wir für eine verbindliche Rechtsgrundlage einer berlinweiten Familienförderung mit Expert\*innen der Praxis einen Grünen Vorschlag für ein Familienfördergesetz erarbeitet.

## Unsere Kernpunkte:

- **Empowerment von Eltern**  
Familie ist der erste und wichtigste Bildungsort. Sie ist der zentrale Einfluss für Bildungsprozesse. Um Benachteiligungen zu mindern oder ganz abzubauen ist es daher wichtig, Familie im Gesamten – also auch Eltern – zu stärken.
- **Beteiligung und Beschwerde von jungen Menschen und Familien**  
Es ist wichtig, die Interessen und Probleme von jungen Menschen und Familien herauszufinden und sie zu vertreten. So können sie stärker in die sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen und Maßnahmen der Jugendhilfe eingebunden werden.

Verlässliche Vertrauenspersonen für Gespräche, aber auch eine unabhängige Beschwerdestelle gehören dazu.

- **Familienförderung in jedem Bezirk**  
Mit dem Gesetz werden die Strukturen im Land Berlin auf einen gemeinsamen einheitlichen Weg gebracht. So können sich Familien in Berlin darauf verlassen, dass sie z.B. auch nach einem Umzug innerhalb der Stadt gewohnte Unterstützungsangebote vorfinden. Die Angebote für Familienbildung, -beratung und -erholung müssen leicht zugänglich sein und außerdem den tatsächlichen Bedarf im jeweiligen Sozialraum abdecken. Ein Familienservicebüro, in Friedrichshain-Kreuzberg seit 2013, soll in jedem Bezirk eingerichtet werden, ebenso wie Familienzentren mit ihren niedrigschwelligeren Angeboten. Die Unterstützung von Familien in schwierigen Situationen in ihrem häuslichen Umfeld ist ebenfalls ein Ziel.

- **Grüne Familienpolitik**  
Unserer Arbeit liegt ein Familienbild zugrunde, das unabhängig sämtlicher äußerer Formen da ansetzt, wo Menschen in einer Gemeinschaft mit Heranwachsenden Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist der zentrale Ort für Bildung. Durch eine flächendeckende Familienförderung mit Blick auf die jungen Menschen kann es gelingen, Bildungschancen unabhängig von Herkunft und finanziellem Hintergrund zu schaffen. Unser Grüner Vorschlag für das Berliner Familienfördergesetz ist Vorreiter im bundesweiten Vergleich. Im nächsten Schritt muss die Koalition ein Familienfördergesetz in das Abgeordnetenhaus einbringen, beraten und beschließen, hoffentlich auch unter breiter Zustimmung großer Teile der Opposition.

■ Marianne Burkert-Eulitz,  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Spielplätze sind zum Spielen da

Kinder brauchen Freiräume und Orte zum Spielen. Kinder brauchen andere Kinder, sie brauchen soziale Kontakte und sie brauchen Orte, wo sie frei toben und spielen können. Kinder brauchen das, weil sie Kinder sind. Familien brauchen das, um Stress abzubauen und auch in besonderen Zeiten den Alltag gut zu bewältigen. Die Corona-Krise hat noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Kinder draußen spielen können. Besonders für diejenigen, die in kleinen Wohnungen wohnen. Parks und Spielplätze bieten diesen Platz. Ihnen kommt gerade in einem hochverdichteten Innenstadtbereich eine große Bedeutung zu. Umso wichtiger ist es, dass diese Orte uneingeschränkt den Kindern zur Verfügung stehen. Dazu gehören gute Spielgeräte genauso wie sauberer Sand zum Buddeln.

Deshalb dürfen Spielplätze nicht vermüllt sein und müssen sicher nutzbar sein. Leider ist diese Selbstverständlichkeit nicht mehr überall gültig. Besonders im Wrangelkiez häufen sich die Beschwerden über Vermüllung und Spritzenfunde. Der Konsum von Drogen auf Spielplätzen, verbunden mit dem Hinterlassen von Überresten beeinträchtigt die Nutzung der Spielplätze durch die Kinder und macht sie teilweise unmöglich.

## Einwohner\*innenantrag unterstützen – Kinder stärken

Um die Situation zu verbessern haben sich Anwohner\*innen zusammengeschlossen und die Initiative „Spielplatz in Not“ gegründet. Zusammen haben sie einen Einwohner\*innenantrag erarbeitet, für den gerade Unterschriften gesammelt werden. Kommen mindestens 1.000 Unterschriften zusammen, kommt er zur Beratung ins Bezirksparlament (BVV). Im Gespräch mit der Anwohner\*inneninitiative „Spielplatz in Not“ haben wir uns die Probleme vor Ort zeigen lassen und zugesagt, den kommenden Einwohner\*innenantrag für sichere Spielplätze in Xhain zu unterstützen. Die Forderungen sind:

- die Rückführung der Spielplatz-Reinigung in die öffentliche Hand
- eine tägliche und gründliche Reinigung der gesamten Fläche

- eine monatliche Reinigung/Siebung des Sandes
- alle mangelbehafteten Spielplätze umgehend instand zu setzen
- eine angemessene und abschließbare Umzäunung mit kindgerechten Öffnungszeiten
- Umstellung des Einsatzes der Parkläufer\*innen von saisonal auf ganzjährig
- Aufgabenbereich der Parkläufer\*innen auf Spielplätze erweitern
- ganzjährige enge Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt und Straßensozialarbeiter\*innen
- eine barrierefreie, kindgerechte und sichtbare Beschilderung mit Informationen zu Handlungsweisen bei Gefahrenfunden

## Umsetzung läuft an

Einige dieser Forderungen befinden sich bereits jetzt schon in der Umsetzung. So sind für die Spielplätze im Wrangelkiez sowie an der Glogauer Straße Ecke Wiener Straße durch das Bezirksamt Schließzeiten von 20.00 bis 8.00 Uhr beauftragt worden. Auch höhere Zäune bzw. Toranlagen sind teilweise bereits in der Umsetzung.

Dass es notwendig ist, Spielplätze abzuschließen, bedauern wir und würden uns andere Lösungen wünschen. Kurzfristig sehen wir jedoch keine andere Möglichkeit. Gleichzeitig fordern wir weiterhin, dass mehr Konsumräume eingerichtet und die Bezirke besser finanziell ausgestattet werden – auch wenn das nicht von heute auf morgen realisierbar ist. Im Frühjahr haben wir einen Antrag zur Einrichtung einer Hotline für Spritzenfunde eingereicht, der mittlerweile von der BVV beschlossen wurde. Zumindest in der Ordnungsamts-App können Spritzenfunde gemeldet werden.

Uns ist bewusst, dass auch der Druck auf wohnungslose Menschen und Drogenkonsument\*innen immer weiter zugenommen hat. Viele Angebote sind überfüllt, Räume fallen weg und durch den Zusammenbruch des öffentlichen Lebens auch viele Einnahmequellen. Es muss für kon-

sumierende Menschen jedoch andere Orte für den Konsum geben, an denen sie Kinder nicht in Gefahr bringen und ihr Drogenbesteck entsorgen können.

Deshalb fordern wir mehr legale und geschützte Konsumräume mit durchgehenden Öffnungszeiten sowie ein gesamtstädtisches Konzept zum Umgang mit Drogenkonsum und seinen Begleiterscheinungen. Die Weiterentwicklung von Drogenkonsumräumen, die Vergabe von sauberen Konsummaterialien und die Entsorgung des gebrauchten Materials sind Ziele des rot-rot-grünen Koalitionsvertrages. Hier erwarten wir mehr Einsatz sowohl von der zuständigen Senatorin als auch vom Sozialstadtrat im Bezirk.

Denn Spielplätze sind Räume für Kinder. Kinder haben ein Recht da-

rauf, sich dort sicher und ungefährdet aufhalten zu können.

## Soziale Arbeit stärken, Parkmanagement ausweiten, BSR-Reinigung prüfen

Auch auf Grundlage des Handlungskonzepts Görlitzer Park, welches von Anwohner\*innen erarbeitet und von uns unterstützt wurde, haben wir als Fraktion in diesem Bereich immer wieder um Lösungsmöglichkeiten im Bezirksparlament gestritten. So auch für die aufsuchende Sozialarbeit vor Ort. Das Parkmanagement, welches im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept eingesetzt wurde, hat vieles verbessert. Vor einigen Tagen haben wir zudem einen eigenen Antrag beschlossen, der fordert, soziale

Angebote auszubauen, das Parkmanagement auf die angrenzenden Kieze auszuweiten und die Reinigung von Spielplätzen durch die BSR zu prüfen. Im ersten Schritt auch die Reinigung der Spielplätze im Wrangelkiez und im Reichenberger Kiez.

Das Bezirksamt schätzt, dass die Reinigung durch die BSR oder alternativ durch bezirkseigenes Personal (welches bisher nicht ausreichend vorhanden ist) die vier- bis fünffachen Kosten verursachen könnten. Da wir weiterhin eine angespannte Haushaltslage haben, fordern wir eine Erhöhung des bezirklichen Grünflächenbudgets und der bezirklichen Globalsummen in Bezirken mit besonderem Reinigungsbedarf wie in Xhain. Die Problemlagen, die wir hier im Bezirk haben, kann der Bezirk nicht alleine lösen.

## Sanierungsstau bei Spielplätzen abbauen

Wie die meisten Bezirke hat Friedrichshain-Kreuzberg einen Sanierungsbedarf bei Spielplätzen. Seit 2014 stellt das Land Berlin im Rahmen des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramms (KSSP) den Bezirken Fördermittel für die Sanierung von Kitas auf landeseigenen Grundstücken und öffentlichen Kinderspielplätzen zur Verfügung. Dieses wurde schrittweise angehoben und von allen Bezirken gut ausgeschöpft. Viele Spielplätze konnten so bereits saniert werden. Doch auch wie bei anderer öffentlicher Infrastruktur gilt, dass bei vielen Spielplätzen eine dringende Sanierung noch aussteht. Dies thematisieren wir auch regelmäßig in der bezirklichen Spielplatzkommission (SPK), v.a. wenn uns Mängel bekannt wurden, und fordern mehr Sicherheit und Finanzmittel für den Bereich Kinderspielplätze ein.

Ob im Wrangelkiez oder woanders im Bezirk: Kinder haben ein Recht auf Spiel und saubere Spielplätze in Wohnortnähe. Kindgerechte, sichere Wege dorthin müssen flächendeckend zum Standard werden.

■ **Monika Herrmann,**  
Bezirksbürgermeisterin

■ **Annika Gerold und  
Julian Schwarze,**  
Bezirksverordnete



Spielplatz (v. l. Julian, Annika, Paula von der Ini)

Foto: Sarah

# Zur Diskussion über die Bundeswehr

In den letzten Wochen und Monaten wurden immer wieder Debatten um den Einsatz von Bundeswehr-Personal im Zusammenhang mit der Pandemie-Bekämpfung diskutiert - teils unsachlich und ideologisch motiviert.

Manch eine\*r tat sogar so, als wenn Covid-19 nur so bekämpft werden könnte. Gerade die letzten Wochen zeigen, dass dem nicht so ist. Entscheidend sind vielmehr das Einhalten von Abstands- und Hygieneregeln sowie das dauerhafte Aufstocken von Personal im Gesundheitsbereich.

Im Bezirk wurde vor diesem Hintergrund der mögliche Einsatz von Bundeswehrkräften zur Unterstützung der Kontaktnachverfolgung regelmäßig und ausführlich debattiert. Bis Anfang Oktober gab es nach Auskunft des zuständigen Gesundheitsstadtrates Knut Mildner-Spindler (Linke) in den Wochen vor den Herbstferien keine dauerhaften Engpässe bei der Kontaktnachverfolgung. Anstelle der Bundeswehr, die mit ca. 2,5 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt bezahlt wird und nicht kostenlos ihr Personal zur Verfügung stellt, wurde bei uns im Bezirk stattdessen kurzfristig zusätzliches Personal eingestellt, für das die Landesgelder ebenso bereitstehen. Das hat den großen Vorteil, dass die neuen

Mitarbeitenden kontinuierlich im Gesundheitsamt arbeiten und nicht nach kurzer Zeit und gerade abgeschlossener Einarbeitungszeit bereits wieder ausgetauscht werden, wie dies durch die Bundeswehr u.a. in anderen Bezirken geschah und dort teils zu heftiger Kritik und zu Problemen führte, wie z.B. in Tempelhof-Schöneberg. Klar war immer, dass auch auf das Personal der Bundeswehr zurückgegriffen wird, wenn dies nötig ist und die Aufgaben nicht durch ziviles Personal und Personaleinstellungen erfüllt werden kann. Ende Oktober hat deshalb das Bezirksamt dann auch entschieden, u.a. auf medizinisches Fachpersonal der Bundeswehr zum Durchführen von Tests zurückzugreifen. Maßgeblich bleibt, dass alles getan wird, um die Pandemie möglichst einzudämmen und keine Menschenleben zu gefährden.

■ **Julian Schwarze,**  
Bezirksverordneter

# Die wachsende Stadt

Im Rahmen der Entwicklung unseres Landeswahlprogramms wurden Probleme angesprochen, die sich in Folge der „Wachsenden Stadt“ Berlin ergeben haben. Dieses Phänomen wird als naturgesetzlich und unaufhaltsam dargestellt und gegenläufige Maßnahmen scheinbar nicht diskutiert.

Dabei ist das Bevölkerungswachstum in unserer Stadt überwiegend hausgemacht: Seit über 10 Jahren bemüht man sich, Berlin als Reise- aber auch als Wohnort im In- und Ausland anzupreisen. Der Senat, Politiker\*innen, Marketingunternehmen, die Parteien und Bezirke haben auf verschiedenen Wegen die Stadt beworben. Diese Strategie sollte hinterfragt werden. Denn der Boom hat vieles zerstört und die Lebensbedingungen für die ansässigen Stadtbewohner\*innen, nicht nur in den Innenstadtbereichen, verschlechtert.

## Verschärfung der Probleme

Der Bevölkerungszuwachs hat zu einer Verschärfung von schon bestehenden Problemen geführt. Dazu gehören: der Personalnotstand in der öffentlichen Verwaltung, der Mangel an Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Jugendtreffs, Seniorentreffs, der Mangel an Grünflächen

(die durch Wohnungsbau gefährdet werden), der Mangel an Erwerbsarbeitsplätzen, die katastrophale Verkehrssituation, Bodenspekulation und Wohnungsmangel. Der jahrelange Personalabbau im Öffentlichen Dienst war schon ein Fehler an sich. Das Bevölkerungswachstum verschärfte diesen Fehler, wie auch die anderen benannten Missstände. Dadurch verschlechterte sich insgesamt die Stimmung in der Stadt – sie wurde hektischer, unsolidarischer und noch aggressiver als es der Normalzustand in einer Großstadt ist. Das ist garantiert nicht das, was sich die neuen Bewohner\*innen erhofft hatten und was ihnen versprochen wurde. Zwar hat der R2G-Senat seit 2016 in allen Bereichen versucht dagegen zu steuern, aber die Bevölkerungszahlen wachsen weiter und Lücken in der Daseinsvorsorge können nicht mehr geschlossen werden. Politik und Verwaltung werden den Bedarfen in Zukunft nicht mehr hinterherkommen können. Deshalb ist es an der Zeit, an diesem Punkt das Hamsterrad zu

stoppen und dem Berlin-Marketing Einhalt zu gebieten.

## Stadt und Land

Flankierend dazu erscheint es sinnvoll, der allgemeinen Landflucht entgegen zu wirken. Die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern muss in den Flächenländern stärker ausgebaut und damit die Diskriminierung auf dem Land verringert werden. Auch im Hinblick auf die negativen Klimaveränderungen und aus Aspekten der Vorsorge für die städtische Klimakatastrophe erscheint es sinnvoll, Großstädte nicht weiter wachsen zu lassen. Diese Grundannahmen sollten meines Erachtens Eingang ins Wahlprogramm und in eine eventuelle Koalitionsvereinbarung finden. Also alles eine Nummer kleiner bitte – Corona lässt grüßen.

■ **Walter Schmidt,**  
LAG Wirtschaft

# Demokratie verteidigen

**Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, sagte einmal: "Wählen allein macht noch keine Demokratie". Die Aktualität dieses Zitates könnte die Gegenwart nicht besser beschreiben. Auf dieser Seite des Atlantik hat sich eine Gemengelage etabliert, die teilweise auch selbstgemacht ist.**

Claudia Zilla von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sagte einmal während einer Debatte in der Volksbühne, man sollte die Zivilgesellschaft nicht allzu sehr in den Himmel loben. Trump, Bolsonaro und sogar Boris Johnson wurden demokratisch gewählt. Und in Deutschland ist 2017 eine rechtsextremistische Partei in den Deutschen Bundestag eingezogen. Im Gepäck: der perfide Plan das politische System zu diskreditieren, lächerlich und damit angreifbar zu machen.

In seiner letzten Rede als Bundestagspräsident sagte Norbert Lammert über den Bundestag: „Hier schlägt das Herz der Demokratie“. Doch bei der Generaldebatte am 30.9., auch als Schlagabtausch bekannt, und bei der Regierungserklärung am 29.10. zum Beschluss des Light-Lockdowns blieb die altehrwürdige Demokratie auf der Strecke.

Ein paar Wochen später am 18.11. erreicht die Partei, die vorgaukelt, eine Alternative zu sein, den vorläufigen Höhepunkt ihres Plans: An dem Tag, an dem das neue Infektionsschutzgesetz verabschiedet wird, gelingt Rechtsextremist\*innen und Coronaleugner\*innen als Gästen der AfD-Fraktion der Zugang zum Parlament. Sie bedrohen und diskreditieren Parlamentarier\*innen. Die Szene, in der Wirtschaftsminister Altmaier vor dem Fahrstuhl von der bekannten Rechtsextremistin Rebecca Sommer beschimpft und handgreiflich angegangen wird, schafft einen Tiefpunkt in der Verwundbarkeit unseres Parlaments.

Vor nicht allzu langer Zeit haben Rechtsextremisten die Treppen des Reichstages gestürmt. Am 18. 11. waren sie drin. Und die Tür öffnete ihnen die AfD. Marina Weißband, ehema-

lige Pressesprecherin der Piratenpartei, schrieb auf ihrem Twitter Account: "Wählste Nazis ins Parlament, haste Nazis im Parlament."

## Tabubruch und Zerfall

Bei der Generaldebatte am 30.09.2020 war AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel die erste Rednerin nach der Bundeskanzlerin. In eiskalter Selbstverständlichkeit stellte sie fest: "Deutschland ist kein reiches Land mehr!". Sie sprach über „Freiheit“ und über den „Demokratischen Zusammenhalt“. Und übte mit der gleichen Häufigkeit, mit der sie Interviews abbricht, undifferenzierte Kritik am Haushaltsentwurf 2021. Die Energiewende, die von renommierten Wissenschaftler\*innen als unabdingbar eingestuft worden ist, stempelte sie als eine „Elektroauto-Planwirtschaft“ der Bundesregierung ab.

Die AfD lässt keine Gelegenheit aus, der Bundeskanzlerin ihre Vergangenheit als DDR-Bürgerin vorzuhalten. Später am Tage wird Alexander Gauland seiner Partei treu und attackiert Merkel weit unter der Gürtellinie. Mit keinem Wort erwähnt der CDU-Aussteiger und Trendsetter der Krawatten die Aspekte der sanitären Katastrophe im Zusammenhang mit der Covid19-Pandemie. Vier Wochen später vergleicht er an gleicher Stelle die an Covid19-Verstorbenen mit denen, die durch einen Verkehrsunfall ihr Leben lassen mussten: „Es gibt eine einfache Lösung, die Zahl der Verkehrsunfalltoten auf Null zu senken. Man schafft den Straßenverkehr ab“.

Die Polarisierung der Gesellschaft mittels Tabubrüchen hat bei der AfD

System, wurde zur Normalität und veränderte zusehends die Streitkultur im Parlament. Die galoppierende Politikverdrossenheit der Gesellschaft ist ein willkommener Nährboden der AfD. Eine Partei, bei der ein Mitglied ganz legal und juristisch wasserdicht als Faschist bezeichnet werden darf, präsentiert sich als Wächterin über Demokratie und Grundrechte. Sie erhebt den Anspruch, darüber urteilen zu dürfen was auf den Müllhaufen der Geschichte gehört und was nicht.

Eine Gruppe von weißen Männern mit ausgeprägtem Geltungsdrang will gemeinsam mit einer adligen, die ihrer rechts-konservativen Familientradition treu bleibt, den Systemwechsel herbeiführen. Die Herzogin von Oldenburg, Beatrix von Storch, ist immer eine der ersten, die im Plenarsaal ankommt - eine Art Cheerleaderin der AfD und das beste Ventil für deren Hassdiskurs. Gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen will sie den Systemwechsel herbeiführen. Graf Schwerin von Krosigk, von Storchs Großvater, diente dem Führer und war als Reichsminister einer der Unterschreiber des Ermächtigungsgesetzes von 1933. Im Nürnberger Prozess saß er auf der Anklagebank. Von Storch ist nicht nur der Beweis über den Verfall des deutschen Adels. Sie ist eine gefährliche geistige Brandstifterin. Frau Storchs Formulierung in einer Debatte im November 2019, belegt dies: „Das liegt wie Krematoriums-Asche über diesem Haushalt“. Und brachte damit den Sozialdemokraten Johannes Kahrs zur Weißglut.

Der britische Sänger Sting hat uns gelehrt: "History will teach us nothing".

Beständige Desinformationen und falsche Behauptungen der AfD wer-

den nicht nur weitestgehend geduldet, sondern sind in der diesigen Medienlandschaft zur Normalität geworden. Die anfängliche Fragestellung, ob ihre Mitglieder zu Talkshows einzuladen oder außen vor zu lassen sind, ist passé. Es geht um einen Tabubruch in den Medien und in den sozialen Netzwerken. Doch besonders gravierend und hervorstechend ist dies im Parlament zu beobachten: Alice Weidel diskreditierte am Tag der Regierungserklärung namentlich das gesamte Kabinett Merkel. In Richtung Heiko Maas stichelte sie: „Ein blasser und kaum wahrnehmbarer Außenminister, der Islamisten hofiert und sogar in seinem Haus beschäftigt“. Der Kanzlerin warf sie vor „den Rechtsbruch zum politischen Prinzip“ gemacht zu haben, und behauptete, Deutschland sei in Europa „zunehmend isoliert“. Das Eingreifen des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble ließ viel zu lange auf sich warten. Seine Rhetorik ähnelte der eines Grundschullehrers und zeigte dabei nur mäßigen Erfolg.

## Erschreckende Normalität

Der Sprachgebrauch und die Verzerrung der Realität sind die Werkzeuge der Rechtsextremist\*innen: „Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für AfD“, sagte einmal Christian Lütt, deren ehemaliger Pressesprecher im Gespräch mit einer YouTuberin. Die Inszenierung der Männerpartei startet schon frühzeitig, weit bevor die Debatten oder Ansprachen beginnen. Vorher kratzen sich die Herren am Bauch, lachen laut, machen den Macker. Geführt von Klassenstreberin Frau von Storch, bringen sie sich im

gegenseitigen Schulterklopfen auf Betriebstemperatur. Wenn die Uhr auf 9 zeigt, legen sie los.

Es gab noch Zeiten, in denen Norbert Lammert, der überzeugte Europäer, durch brillante Rhetorik und messerscharfe Ironie die altehrwürdige Demokratie bravourös verteidigte. Seine Rüge für Erika Steinbach ist bereits legendär. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten das parlamentarische Spielfeld für Rechtsextremist\*innen zu verkleinern: Die Grünen Abgeordnete Canan Bayram machte es vor. Gefragt, ob sie eine Zwischenfrage der AfD zulässt, antwortete sie: „Nur von Frauen“.

Ob Generaldebatte, Regierungserklärung oder am Tag der Abstimmung über das neue Infektionsschutzgesetz: die AfD gibt sich als Sprachrohr der sogenannten „besorgten Bürger“. Am 18.11.20 überstieg sie den Rubikon: auf ihre Einladung hin konnten Rechtsextremist\*innen und Coronaleugner\*innen in das Parlament eindringen und Parlamentarier\*innen bedrohen und diskreditieren. Währenddessen hielten Abgeordnete der AfD auf ihren Sitzen ein Plakat mit schwarzem Band, welches den Tod des Grundgesetzes ankündigte.

Das Zitat, das dem Theologen und Philosophen Theodor W. Adorno zugeschrieben wird, behält in einem tief gespaltenen Land, welches sich dem Anschein nach an das Wirken dieser Partei gewöhnt hat, erschreckende Aktualität: "Ich fürchte nicht die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten."

■ *Fátima Lacerda*

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

[www.gruene-xhain.de](http://www.gruene-xhain.de)

### Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin  
info@gruene-xhain.de  
www.gruene-xhain.de

Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142

Kreisgeschäftsführerin: Hedwig Gradmann

Bürozeiten:

Di 15-18, Do 12-15 Uhr

### Geschäftsführender Ausschuss

Enad Altaweel, Aida Baghernejad,  
Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt,  
Johanna Haffner, Sebastian Kitzig  
Dorothee Marquardt, Anika Wiest

### Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

### Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965  
fraktion-xhain@gruene-berlin.de  
www.gruene-xhain.de/bvv\_fraktion

Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930

Fraktionsassistentin: Iris Burkhardt

Bürozeiten:

Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Claudia Schulte, Julian Schwarze, Pascal Striebel

### Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin  
info@gruene-jugend-berlin.de  
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75

Treffen: Mo 19 Uhr



### Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin

E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de

Fon: 2325 2401 - Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |

Fon: 2325 2430

Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |

Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |

Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

### Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek

und Daniel Wesener | Dein grünes Büro

Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin

Mo und Di 10-14, Do 15-18 Uhr

Fon: 5210 1794

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger

und Dr. Stefan Taschner

Großbeerstraße 16 - 10963 Berlin

Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr

Fon: 2362 9300

### Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram

Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost

www.bayram-gruene.de

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

canan.bayram@bundestag.de

Fon: 2277 8144 – Fax: 2277 0143

Wahlkreisbüro:

canan.bayram@wk.bundestag.de

Kreuzberg:

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin

Fon: 6165 6961

Friedrichshain:

Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin

Fon: 46 79 35 30

# Corona und die Revolution im Klassenzimmer

**Hybridunterricht ist ein Ansatz, mit dem wir unser Bildungssystem pandemiesicher und zukunftsfähig gestalten können.**

In diesem Jahr mussten wir schmerzhaft erfahren, dass das Berliner Bildungssystem, so wie es in den letzten Jahrzehnten etabliert wurde, keine Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler\*innen zu Pandemiezeiten vorhalten kann. Die Krise warf auch hier das bekannte Brennglas auf die vorhandenen Strukturen: Heranwachsende, die in ihrem Bildungsalltag schon vor der Pandemie Herausforderungen ausgesetzt waren, gerieten durch Schulschließungen in vielen Fällen noch mehr ins Hintertreffen.

## Präsenz- und Fernphasen ergänzend ineinander verzahnt

Zeiten, die Social-Distancing erfordern sind Zeiten, in denen der Begriff Schule neu gedacht werden muss. Klassenverbände kann man teilen, vorhandene Lehrkräfte nicht. Arbeitet ein\*e Pädagog\*in mit einer halben Gruppe im Präsenzunterricht, so muss für die andere Gruppe ein Lernraum gestaltet werden, in dem eigenständiges und selbstbestimmtes Lernen im individuellen Tempo möglich ist. Auch wenn wir wissen, dass dies an den Schulen unter den gegebenen Bedingungen schwer umsetzbar ist, gibt es Konzepte, in denen Präsenz- und Fernunterricht so miteinander verzahnt werden, dass Chancen und Stärken der jeweiligen Phase zum Tragen kommen.

So dient der Präsenzunterricht vorrangig der Beziehungsarbeit. Hier können Lehrer\*innen direktes Feedback geben, Motivation aufbauen, Arbeitswege zeigen und Unterstützungsbedarfe erkennen und diese anbieten. Lernende müssen in der Präsenzphase an Themen herangeführt und für diese begeistert werden. Hier ist der Raum, um Fragen wachsen zu lassen und Aufgabenstellungen zu erarbeiten.

Der Fernunterricht schafft ergänzend dazu den geschützten Bereich, um bereits formulierte Fragestellungen zu bearbeiten, und dabei neues Wissen zu erlangen und zu vertiefen. Dafür ist es nötig, das digitale Lernsetting ansprechend und für Schüler\*innen verständlich zu gestalten. Unterschiedlichste Arbeitsmittel auditiv und visueller Art müssen für das selbstständige Lernen zur Verfügung stehen und von den Lernenden genutzt werden können.

## Neue Wege der Wissensvermittlung und deren Herausforderungen

An diesem Punkt ist es möglich, ja sogar erwünscht, neue Wege der Wissensvermittlung zu gehen. So hörte ich von einer Lehrerin, die Lessings Ringparabel im Chat durch Einsatz von Jugendsprache und Emojis dar-

gestellt hat. Sicherlich hat sie dabei nicht nur Literaturwissen vermittelt, sondern – durch die Nutzung von jugendnahen Kommunikationswegen – auch Beziehungsarbeit geleistet. Denn die Beziehungsebene sollte bei fortschreitender Digitalisierung nicht aus den Augen verloren werden – auch auf Distanz darf das Band zwischen Lehrkraft und Heranwachsenden nicht reißen.

Für eine flächendeckende Umsetzung des hybriden Lernens fehlt es gegenwärtig noch an den nötigen Rahmenbedingungen: das erforderliche Breitbandnetz ist nicht vollständig ausgebaut und viele Schulen verfügen nicht über ausreichende WLAN-Kapazitäten. Lehrkräfte konnten noch nicht angemessen für die Art des neuen Lernens weitergebildet und technisch geschult werden. Und auch der „Lernraum Berlin“ als zentrale Lernplattform bedarf in seinen Strukturen und Nutzerfreundlichkeit eines weiteren Ausbaus.

In diesen Zielsetzungen konnten wir Grüne in der Koalition erste Impulse setzen und wollen weiter voranschreiten, damit Digitalisierung auch tatsächlich in unseren Schulen ankommt.

■ *Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses*

# Neue Wege braucht das Rad

Es tut sich was auf Berlins Straßen. Seit im Jahr 2018 das Mobilitätsgesetz verabschiedet wurde, sind zahlreiche Pläne umgesetzt worden, die dem Radverkehr mehr Raum geben und so das Radfahren sicherer machen.

Und seit Corona geht alles noch viel schneller. Der Shutdown hat den Autoverkehr in Berlin zeitweilig um bis zu 30 % reduziert, die Senatsverwaltung und die Bezirke haben auf die neuen Anforderungen zügig reagiert. Allein bei uns in Xhain sind schon im April und Mai über 11 km neuer Radwege, sogenannter Pop-up-bikelanes, entstanden.

Los ging es auf der Gitschiner und der Petersburger Straße, dann kam der Kottbusser Damm hinzu. Seit Ende Mai gibt es auch auf der Frankfurter Allee stadteinwärts auf Höhe des Samariterkiez' einen neuen temporären Radstreifen. "Temporär meint aber nur, dass wir zunächst mit mobilen Absperrungen arbeiten. Das wird bleiben," erklärte die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann damals beim Ortstermin. Und die Abstandsregeln hatten das gequetschte Nebeneinander auf den alten Schmalspurbahnen endgültig verboten, die "vor allem den Sinn hatten, den Autoverkehr nicht zu stören" (Monika Herrmann).

## Lockdown 2

Friedrichshain-Kreuzberg hatte von Beginn an deutlich die Nase vorn, aber ganz Berlin ist mittlerweile dabei. "Bis zum Ende der Legislatur 2021 wollen wir und die Bezirke etliche der provisorischen Pop-ups in dauerhafte, gute Radwege umgewandelt haben haben," heißt es dazu aus der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Dabei gibt es viel Austausch mit Verbänden wie dem ADFC oder NGOs wie Changing Cities, die alle zugleich in dem neu gegründeten Beratungsgremium "FahrRat" vertreten sind.

Auch in anderen Städten in Deutschland wie Frankfurt oder München ist Bewegung in die Sache



Pop-Up-Fahrradstreifen auf der Frankfurter Allee

Foto: ha

gekommen. Und weltweit sind es Bogotá in Kolumbien, Brüssel oder Mailand, die die Zeichen der Zeit erkannt haben. In Paris hat Bürgermeisterin Anne Hidalgo sogar die "Vélorution" ausgerufen und zieht ein Netz von Radschnellwegen durch die Stadt, wie sie auch für Berlin geplant sind.

Mittlerweile sind wir im zweiten Lockdown. "Im Frühjahr ging es darum, schnell Radwege auf die Straße zu bekommen. Zunächst temporär, um dann nachzubessern und zu verstetigen," sagt Monika

Herrmann im Gespräch im Dezember. Bei den großen Straßen ist die Senatsverwaltung federführend und der Bezirk ist in ständigem Dialog. Da sind viele Interessen in Einklang zu bringen. Die Radstreifen sollen nach Möglichkeit so geschützt sein, dass sie nicht als Standstreifen für Autos missbraucht werden können. Zugleich sollen sie als Rettungsgassen dienen, daher ist das sog. Verpollern nicht das Mittel der Wahl. Am Beispiel Hasenheide ist man hier im Gespräch mit der Feuerwehr. Die Radstreifen farblich abzusetzen – an

sich ein guter Gedanke – ist eine bauliche Maßnahme und stellt damit keine kurzfristige Lösung dar. "Davon sind wir zunächst eher abgekommen," so Herrmann.

"Unser Bezirk dient vielen zur Durchfahrt und leider hat der Autoverkehr insgesamt noch nicht signifikant

abgenommen. Wenn wir den Straßenraum neu aufteilen und beispielsweise zugunsten des Radverkehrs die Zahl der Parkplätze reduzieren, muss das Angebot attraktiv sein."

## Beispiel Oranienstraße

Am Beispiel Oranienstraße – der Umbau zwischen Moritzplatz und Skalitzer Straße steht seit 2017 ganz oben auf der Liste – erläutert sie die Komplikationen beim Interessenausgleich. "Wir wollen ja nicht, dass der Verkehr nur auf die umliegenden Straßen ausweicht. Liefermöglichkeiten auch für größeres Gerät wie für das SO36 müssen erhalten bleiben. Auch der Bus soll bleiben." Inzwischen hat es mehrere offene Bürger\*innen-Versammlungen gegeben. Die Aufenthaltsqualität durch Verbreiterung der Gehwege und mehr Bänke zu erhöhen, löst ebenfalls nicht nur Begeisterung aus. "Dann haben wir Halli-Galli die ganze Nacht!", so die Befürchtung.

Eine Machbarkeitsstudie ist jetzt in Auftrag. "Das wird eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode ab dem kommenden Herbst," sagt Monika Herrmann. "Wenn wir den Autoverkehr dauerhaft aus der Innenstadt heraus halten wollen, kann der Umbau nur im Miteinander mit den Außenbezirken gelingen."

Die Ideen liegen auf dem Tisch. Jetzt gilt es, sie mit starken grünen Mehrheiten auch zügig umzusetzen.

■ Henry Arnold

## Und sonst noch so? | Die Kolumne



### Gesellschaft auf dem Prüfstand

Es ist oft schwer auszuhalten dieser Tage. Da latschen Querdenker\*innen und Coronaleugnende neben Nazis und Reichsbürger\*innen fröhlich durch die Gegend und fordern ihre Egorechte, während in den Krankenhäusern täglich Menschen an Covid 19 sterben oder um ihr Leben kämpfen. Dabei führen einige ihre Kinder wie Schutzschilde vor sich her, dass man sich fragt, ob das nicht Fälle für den Kinderschutz sind. Die Schar auf dem Törtchen ist die freundliche Polizeieskorte, von der linke Demos nur träumen können.

Demokratisch gewählte Abgeordnete werden von "Gästen" der AfD im Bundestag angepöbelt und bedrängt, in den Social Media fallen die letzten Hemmungen, in den Öffentlichen großen Flashmobs von Maskenverweiger\*innen.

Unterbezahlte Pflegekräfte schufften bis zum Umfallen und setzen ihre eigene Gesundheit aufs Spiel. Als Dank gibt's Klatschen vom Balkon und Merci-Schokolade.

Für Hygienekonzepte an Schulen braucht es Wochen, während viele Kinder aus finanziell schwachen Familien ohne die notwendige Technik oder zum Lernen geeignete Rückzugsräume im Heimunterricht hinten anstehen. Das Thema Digitalisierung würde 'ne extra Kolumne brauchen. Inzwischen dürfen wenigstens alle wieder gemeinsam in gut belüfteten Klassenzimmern frieren lernen.

Risikogruppen verzichten seit Monaten auf soziale Kontakte. Alte Menschen sterben allein ohne ihre Angehörigen in Pflegeheimen. Die Konsument\*innen treffen sich weiterhin, wie es ihnen gefällt.

Künstler\*innen, Gastronom\*innen und kleine Betriebe kämpfen um ihre Existenz. Währenddessen machen sich Profiteure wie Amazon & Co. die Taschen voll und Zalando schreit vor Glück. Während viele ihre Mieten nicht mehr zahlen können, lehnen sich Vermieter\*innen

zurück, denn kündigen und zahlungskräftigere Neumieter\*innen finden lässt sich so um so besser.

Corona bringt die Ungerechtigkeiten unserer vermeintlichen Wohlstandsgesellschaft brutal ans Licht.

Man möchte denen, die nur noch quer- statt geradeaus denken, zurufen: Lebt euren Egoismus gefälligst zu Hause aus.

Es gibt zu denken, wieviel Demokratie aushalten muss, wenn das Parlament "gestürmt" wird, Auflagen wieder und wieder missachtet werden und der ein oder die andere Ordnungshüter\*in offen mit dem Mob sympathisiert.

Und wem nützte, wenn nun plötzlich Pflegekräfte und Kassierer\*innen als systemrelevante Berufe erkannt werden, wenn sich für die Arbeitenden in diesem System unterm Strich doch nichts geändert hat?

Verzeigt haben es auch so richtig die Kultusminister\*innen. Deren Konzeptlosigkeit und zögerliches Handeln müssen Kinder und Lehrkräfte seit Monaten ausbaden. Besserung ist nicht in Sicht.

Die, die in der Pandemie noch höhere Profite machen, müssen sich an den Kosten der Krise beteiligen. Die ungleiche Verteilung von Vermögen ist in den letzten Monaten noch stärker sichtbar geworden. Die Umverteilungsdebatte hat wieder an Fahrt gewonnen.

Versöhnliches zum Schluss: Den Egoist\*innen, Pöbler\*innen und Ignorant\*innen gegenüber stehen helfende Nachbarschaften, unglaublich engagierte Menschen in den Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Ehrenamtliche in den verschiedensten Bereichen und Menschen, die einfach nur ihre Masken tragen und Rücksicht nehmen.

Sie sind die Mehrheit.

■ Claudia Schulte, Bezirksverordnete

# Veränderung schafft Halt

Auf dem ersten digitalen Parteitag überhaupt beschlossen rund 800 Delegierte am Wochenende vom 20. bis 22. November 2020 mit überwältigender Mehrheit ein neues grünes Grundsatzprogramm.

Das Programm soll mindestens für die nächsten zehn Jahre die politische Ausrichtung der Grünen Bundespartei bestimmen. Wir ordnen ein, welche Debatten den Parteitag bestimmten und was das Programm für grüne Politik aus Xhainer Perspektive bedeutet.

„Mit einem "Weiter so!" stabilisieren wir nicht". Dieses Plädoyer der Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock verfolgten unsere 12 Delegierten, nicht wie vor Corona vorgesehen am Gründungsort der Grünen in Karlsruhe, sondern erstmalig digital von zu Hause aus. Nicht nur die Pandemie prägte den Parteitag: Die Auswirkungen der Klimakrise werden immer stärker sichtbar, soziale und gesellschaftlichen Konflikte führen zum Aufschwung von Populist\*innen und Extremist\*innen. All das stellt uns vor Veränderungen. Wir müssen uns als Partei daher jetzt fragen, wie wir diese Veränderung gestalten wollen.

## Regierungsfähigkeit statt Idealismus?

Ein Parteitag soll - und so klang es auch in der Berichterstattung der Medien - immer eine Botschaft transportieren und die war eindeutig: Die Grünen trauen sich Regierungsverantwortung zu und haben einen Führungsanspruch.

Selbstbewusst progressive Veränderungen zu fordern gehört für uns schon immer dazu. Den Anspruch, diese Veränderungen auch in Regierungen umsetzen zu wollen, haben

wir bisher nicht immer so klar formuliert. Kritische Stimmen, die fragen, was das für die Ideale und Ausrichtung unserer Partei bedeutet, sind also völlig berechtigt. Der Bundesvorstand hat zwar bis auf wenige Ausnahmen, wie das erstmalige Bekenntnis unserer Partei sich für ein Bedingungsloses Grundeinkommen einzusetzen, die meisten Abstimmungen gewonnen. Trotzdem lohnt es sich, genauer hinzuschauen.

## Auf die Inhalte kommt es an!

Worüber die Medien weniger stark berichtet haben, sagt viel über unsere innerparteilichen Debatten aus. Über 1.300 Änderungsanträge wurden gestellt, gut 50 davon aus oder mit unserem Kreisverband. Als progressiver Kreisverband konnten wir uns nicht in allem durchsetzen, knapp verloren wir Abstimmungen zu einer liberalen Drogenpolitik oder zum kostenfreien Studium. Wo wir mit dem Bundesvorstand verhandeln konnten, haben wir aber deutliche Erfolge verzeichnen können. So bekennen wir Grünen uns als antirassistische und antifaschistische Partei, das stand so klar noch in keinem Programm. Mit diesem Grundsatzprogramm fordern wir unabhängige Polizeibehörden, bekennen uns klar zum 1,5 Grad-Ziel und erteilen neoliberalen ökonomischen Konzepten, die nur auf Innovation als Lösung gesellschaftlicher Probleme setzen, eine klare Absage. Wir bleiben feministisch, stehen für Diversität und

Selbstbestimmung, fordern kostenfreie und legale Schwangerschaftsabbrüche, Bildung unabhängig vom Geldbeutel und kämpfen nicht zuletzt für eine solidarische Welt, auch in Krisenzeiten, in der kein Mensch illegal ist.

## Es geht erst richtig los...

Unsere Stoßrichtung für die kommenden zehn bis fünfzehn Jahre ist klar. Doch große Ziele verändern noch keine Politik. Das neue Grundsatzprogramm zeigt, dass die zentralen Herausforderungen für unseren Planeten und unser Zusammenleben auch zentral für unser politisches Handeln sind. Die Wege dahin müssen wir nun konkret bestimmen, als nächstes stehen im Jahr 2021 die Bundestagswahl und hier in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Bezirksparlament an. Für unsere Wahlprogramme ist für uns Xhainer Grüne daher klar: Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, dann brauchen wir radikale Maßnahmen, beim kommunalen Klimaschutz, bei der Mobilitätswende, in der Mietpolitik. Wir wollen den öffentlichen Raum für alle lebenswert gestalten!

Für diese Veränderung werden wir kämpfen, damit wir in Bezirk, Land und Bund uns selbst – und dem neuen Grundsatzprogramm – gerecht werden können.

■ Doro Marquardt und Vasili Franco, Geschäftsführender Ausschuss